Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von 1/2 12—1/2 1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter"
jeden Werktag nachmittag.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 135

Bezugspreis: Monatl. 4.— Mk. b. Abholung, 4.50 Mk. frei Haus. Durch Postbezug 4.50 Mk., oder 13.50 Mk. im Vierteljahr. Bestellgeld extra. Bei Zusendung des Bezugspreises auf das Postscheckkonto trägt der Verlag die Bestellgebühren.

Halle, Freitag, den 11. Juni 1920

Anzeigenpreis: Im achtspaltigen Anzeigenteil 60 Pf., im dreispaltigen Reklameteil 2.50 Mk. für die Millimeter-Zeile. Kollektivanzeigen mit 50% Aufschlag. — Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. —

4. Jahrgang.

Regierungsbildung und Auslandspolitik

Vor einigen Tagen teilte die „Berl. Volkszeitung" mit, daß die in einem Kartell vereinigten pazifistischen Vereine im Hinblick auf die Wahlen einen Fragebogen an sämtliche Parteileitungen gerichtet hatten mit der Bitte, sich darüber äußern zu wolle, ob sie die Revision des Versailler Friedensvertrages nur auf dem Wege der Verhandlungen erstrebten, und daß allein die Vorstände der S. P. D., der U. S. P. und der Demokratischen Partei diese Frage bejaht hätten.

Weder die Deutsche Volkspartei noch die Deutschnationalen hatten auf das Rundschreiben reagiert, aber in diesem Falle ist man besonders berechtigt zu behaupten, daß keine Antwort auch eine Antwort ist.

Was das Zentrum anbelangt, so mag seinem Schweigen ein Versäumnis zugrunde liegen, denn von der Partei, die seinerzeit in Weimar als erste und einzige bürgerliche Partei fast geschlossen unter Führung Erzbergers für die Unterwerfung unter das Siegerdiktat eingetreten ist, müßte man annehmen, daß gerade sie die Konsequenzen aus ihrem damaligen schrittmachenden Schritte gezogen und die Hoffnung auf eine gewaltsam herbeigeführte Aenderung der Friedensbedingungen weit von sich weist. Alle wissen jedoch, daß die göttliche Sendung des Zentrums in diesem Erdenwallen darin besteht, gelegentlich auch anders zu können und dieselben frommen Herren, die in der Befolgung der Brüderlichkeitslehre Jesus manchmal so weit gehen, daß sie sich als Separatisten und Föderalisten in die Arme Manginis werfen, wie P. Frohberger und Kastert, oder gar in die Arme Fochs, wie der gefährliche Demagoge Dr. Heim einst unter Führung des Trimborn-Spahnschen Leiborgans, der „Köln. Volkszeitung", den rücksichtslosen U-Boot-Krieg gepredigt und die Annexion der flandrischen Küste verlangt haben.

Die nach der voraussichtlichen Ablehnung der Unabhängigen, eine Linksregierung durch ihren Eintritt in die Koalition zu ermöglichen, kaum zu vermeidende Koalitionsregierung der Rechtsparteien mit dem Zentrum wäre zumindest theoretisch einem Revanchekrieg nicht abgeneigt. Schon aus diesem Grunde kommt eine Koalition für die Sozialdemokratie mit einer dieser von der „Täglichen Rundschau" patronierten Parteien gar nicht in Betracht.

Wir wissen zwar ganz genau, ebenso genau wie die Herren Hergt und Stresemann selbst, daß diese Revanchestimmung der Rechtsparteien praktisch wenig zu bedeuten hätte, sobald sie die Verantwortung für die Geschicke des Reiches zu tragen hätten. Als haßerfüllte Opposition hat die Rechte seit dem Waffenstillstand keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne zum äußersten Widerstand gegen die Forderungen der Sieger in kraftstrotzenden Reden und Artikeln aufzufordern — als verantwortliche Regierenden aber würden sie genau so gehandelt haben, wie die angeblich jeder Würde bare Koalitionsregierung. Sie hätten sich unter die Sühneforderungen für Scapa Flow, so ungerecht und hart sie auch gewesen sein mögen, gebeugt, sie würden das Verlangen der Entente nach Zurückziehung der meuterischen Goltz-Truppen aus dem Baltikum ebenfalls erfüllt haben, sie würden ebenso machtlos wie wir der unmenschlichen Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich gegenüber dagestanden haben. Und wenn nächstens der neue volksparteiliche Abgeordnete für Leipzig, Freiherr v. Lersner, — der, nebenbei bemerkt, allen seinerzeitigen Mitgliedern der deutschen Friedensdelegation als ein Schlappschwanz und Kratzfüßler ärgster Sorte gegenüber französischen Polizeikulis und obendrein noch als eine sehr mäßige Intelligenz bekannt war — wenn derselbe Herr von Lersner, dessen ungezogene disziplinlose Geste bei der Ueberreichung der Auslieferungsliste seinerzeit als „befreiende Tat" von der Rechtspresse gefeiert wurde, Reichsminister des Aeußern wäre und eine neue Drohnote der Alliierten wegen zu langsamer Behandlung der Kriegsverbrecherfälle durch das Leipziger Reichsgericht erhielte, dann würde er genau wie Müller und Köster den Weg der Verhandlungen beschreiten und alle kriegerischen Redensarten als verbrecherischen Irrsinn, als leeren „heroischen" Gesten als gemeingefährliche Hanswurstiaden betrachten.

Der einzige Unterschied würde darin bestehen, daß die Sozialisten als Opposition von der Unmöglichkeit, anders zu handeln, überzeugt, in aufrichtigem nationalen Schmerz die Lage der Regierung den Siegern gegenüber zu erleichtern bestrebt wären, während bisher die Deutschnationalen und Volksparteiler alle Prüfungen und Demütigungen, die der deutschen Nation zugefügt wurden, heimlich begrüßten, weil bisher die Quintessenz ihres vaterländischen Zornes nur egoistische Parteipolitik, nur auf die kommenden Reichstagswahlen berechneter demagogischer Stimmenfang war.

Zum Glück für das Volk sind sich die Rechtsparteien unserer militärischen Machtlosigkeit ebenso klar bewußt, wie wir, so daß sie als Regierungskoalition die sinnlose Spielerei mit der Revanche zum alten Plunder werfen und auf Geheiß der Entente genau in derselben Weise bestrebt sein würden, die militärischen Bedingungen zu erfüllen, wie bisher die Linksparteien. Wir wissen zwar nicht, ob die Entente einer Rechtsregierung jene Erleichterungen auf diesem Gebiete bewilligen würde, aber wir können uns von vornherein ihre Aufgabe als bedeutend leichter vorstellen als die unsrige. Denn die Rechtsregierung würde die Reichswehr als Unterdrückungsinstrument gegen die Arbeiterklasse ausbauen, sämtliche republikanisch gesinnten Elemente aus ihr entfernen und die gerade für die Entlassung fälligen Baltikumer, Freikorpsangehörigen und sonstigen Kappisten an deren Stelle setzen. Darüber sind wir uns also im klaren, daß vom außenpolitischen Standpunkt die Ersetzung des Sozialisten Noske, der mit unzulänglichen Mitteln eine verfassungstreue Reichswehr zu schaffen versuchte, bzw. des Demokraten Geßler, der sich hilflos gegen die Umgarnung durch die Militärkamarilla wehrte, durch einen einer reaktionären Regierung dienenden, schrankenlos waltenden reaktionären General gewisse Erleichterungen mit sich bringen würde. . . . Denn den beschränkten französischen Militaristen ist die buchstäbliche Einhaltung der Versailler Bedingungen viel wichtiger, als der Geist der deutschen Wehrmacht. Und sie würden zwar das Ruhrrevier oder den Maingau besetzen, wenn beim festgesetzten Verminderungstermin die deutsche Reichswehr aus 101 000 Republikanern bestände, wären aber durchaus befriedigt, wenn die Reichswehr pünktlich auf genau 100 000 Freikorps- und Baltikumsoldaten herabgesetzt sein würde.

Es war überhaupt das tragische Schicksal der deutschen linken Koalitionsregierung, daß sie bei der Entente genau das Gegenteil einer Unterstützung fand. Man mußte vielmehr seit ihrem Bestehen den ganz bestimmten Eindruck gewinnen, als ob die Regierungen der Alliierten und ganz besonders die französische Regierung es auf eine Schwächung der deutschen Republik oder zumindest der deutschen Sozialdemokratie abgesehen hatte.

Die Gründe für diese eigentümliche Behandlung sind mannigfaltig. Der nächstliegende ist die Abneigung, ja der Haß, mit denen das bürgerlich-reaktionäre Frankreich der Arbeiterklasse überhaupt, der deutschen wie der eigenen, gegenübersteht. Nicht die deutsche militaristische Reaktion, die durch Niederlage und Revolution beseitigt war, war der französischen Bourgeoisie zum Feind geworden, sondern die deutsche Sozialdemokratie, von der man allerhand ansteckendes marxistisches Unheil befürchtete. Diese zu schwächen war die Hauptaufgabe, die sich die französische Regierung gestellt hatte; zumal diese Sozialdemokratie die glühendste Trägerin der großdeutschen Staatsidee und die erbittertste Gegnerin der separatistischen Bewegungen geworden war. Zwar kokettierte man mit den Unabhängigen, auf deren Unterstützung man bei der Frage der Friedensunterzeichnung rechnete, ja, man affektierte sogar Mitleid mit den Spartakisten, so nach der Niederwerfung der bayerischen Räterevolution — in Wirklichkeit aber fürchtete und haßte man alles, was proletarisch ist und sozialistisch denkt.

Und nicht allein in Deutschland!. In ganz Europa dasselbe Bild, dieselbe Schwächung der Sozialisten, die Unterstützung der ärgsten Reaktionäre: in Ungarn unter-

Keine Konferenz in Spa?

Eine Folge des Wahlausfalls.

Paris, 10. Juni. „Journal des Débats" erklärt, daß man in diplomatischen Kreisen mit der Möglichkeit zu rechnen scheint, die internationale Finanzkonferenz von Brüssel entgegen den bisherigen Bestimmungen vor der Konferenz in Spa abzuhalten. Die Zusammenkunft von Spa könnte überflüssig werden, wenn in Brüssel zwischen den Alliierten ein Einverständnis erzielt werden würde.

Im „Echo de Paris" erhebt Pertinax seine Stimme, daß eine Zusammenkunft in Spa keinen Sinn mehr habe. Einerseits sei es eine Lehre der italienischen Ministerkrise, daß in einer so kurzen Zeit keine Regierung gebildet werden könne, die ausreichende Macht hätte, um in Spa die Besprechungen mit den Alliierten und Deutschland aufzunehmen, andererseits hätten die deutschen Wahlen bewiesen, daß die Regierung, welche sich für die Durchführung des Friedens einsetzen würde, von vornherein zum Tode verurteilt wäre.

Tumult in den Krupp-Werken.

Essen (Ruhr), 10. Juni. Am Donnerstag nachmittag versuchten mehrere hundert Arbeiter der Kruppschen Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen durch Demonstrationen die sofortige Zusage von Lohnerhöhung zu erzwingen. Auf die Erklärung der Verwaltung, nur mit dem Betriebsrat verhandeln zu können, legte die Menge sofort das Werk still. Die Ausführung von Notstandsarbeiten wurde mit Gewalt verhindert. Es kam zu Ausschreitungen und Mißhandlungen. Der Schaden rechnet schon jetzt nach Millionen. Wegen der Verhinderung der wichtigsten Notstandsarbeiten ist, wenn die Hütte wieder zum Arbeiten kommt, eine Inbetriebnahme im alten Umfange auf längere Zeit und die Weiterbeschäftigung der vollen Belegschaft unmöglich. Eine Störung der übrigen Kruppschen Werke, die von Rheinhausen ihre Rohstoffe beziehen, wird um so weniger zu vermeiden sein, je länger die tumultarische Störung in Rheinhausen anhält.

Auslieferung deutscher Kriegsschiffe an Amerika.

Amsterdam, 10. Juni. Wie aus Washington gemeldet wird, werden das Schlachtschiff „Ostfriesland", der kleine Kreuzer „Frankfurt" und drei ehemals deutsche Zerstörer Mitte Juli nach den Vereinigten Staaten ausgeführt werden.

Eine Sisyphusarbeit.

Braunschweig, 10. Juni. In der Sitzung der Landesversammlung, in der die Bildung der neuen Regierung auf der Tagesordnung stand, wurde ein Antrag der Rechten, die Wahl der neuen Landesregierung solange auszusetzen, bis die Frage der Bildung der neuen Reichsregierung geklärt sei, abgelehnt. Die Abstimmung über den Antrag der Unabhängigen, die Regierung aus drei Unabhängigen und zwei Mehrheitssozialisten zu bilden, ergab Beschlußunfähigkeit des Hauses. Es fehlte der größte Teil der Fraktion des Landeswahlverbandes. Die Wahl der Regierung ist auf morgen vertagt worden.

Berliner Morgenblätter zur politischen Lage.

Berlin, 11. Juni. Die „D. Allgem. Ztg." spricht von einer Zuspitzung der kritischen Momente. Nur durch ein nachgiebiges Abweichen der Sozialdemokraten von ihrem bisherigen Standpunkt könne die Möglichkeit eröffnet werden, zur bisherigen Mehrheit die Deutsche Volkspartei hinzuzuziehen. Die erste Erklärung von seiten der Demokratischen Partei, welche darauf ausgehe, die Schuld an der gegenwärtigen Lage den bisherigen Oppositionsparteien zuzuschieben und diesen Parteien anheim zu geben, jetzt Wege zu finden, auf denen sie eine aktionsfähige Regierung schaffen könne, wie die „D. Allgem. Ztg." sagt, keinen Abschluß, sondern nur eine Etappe auf dem Wege der weiteren Beratung bedeuten. Vorläufig sei die Aussicht auf eine Wiederherstellung der alten Koalition, wenn auch in einem sehr geschwächten Umfange, noch keineswegs aus dem Bereich der Möglichkeit ausgeschaltet.

Berlin, 11. Juni. Der „Lok.-Anz." will von unterrichteter Seite gehört haben, daß der Reichspräsident Ebert nicht von neuem für die Präsidentschaft zu kandidieren beabsichtige. Er finde innerhalb seiner Partei gewisse Widerstände gegen seine Person und empfinde sie als ungerechtfertigt, weil er als Reichspräsident nicht sowohl in erster Linie Parteiinteressen als vielmehr den Interessen der Gesamtheit des deutschen Volkes zu dienen habe.

Die Arbeit der Preußischen Landesversammlung.

Die preußische Staatsregierung hält es für wichtig, daß die noch nicht erledigten Gesetzentwürfe über die preußische Wahlordnung, über die Verfassung und über die Vertretung Preußens im Reichsrat durchberaten werden, ehe sie sich mit der Behandlung der Frage befaßt, auf welche Dauer die Arbeiten der Landesversammlung sich zu erstrecken haben werden.

Drohender Auseinanderfall der österreichischen Parlamentskoalition.

Wien, 10. Juni. Die „Sozialdemok. Korrespondenz" veröffentlicht ein Communiqué, wonach die Gegensätze zwischen den Sozialdemokraten und den Christlichsozialen sich namentlich durch die Forderung der Christlichsozialen-großdeutschen Koalition an den Staatssekretär für Heereswesen, daß der Erlaß über die Vertrauensmänner der Soldaten zurückgezogen werde, so verschärft haben, daß Staatskanzler Dr. Renner und die sozialdemokratischen Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre den Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten um die Ermächtigung ersucht haben, zu demissionieren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200611-11/fragment/page=0001

stützten Franchet d'Esperey und Oberst Cunningham die Leute um den Erzherzog Josef und Admiral Horthy, in Oesterreich hielt der Franzosengesandte Allize, mit dem wir bedacht werden sollen, zu den Christlich-Sozialen, diesen Hauptschuldigen am Kriege, gegen Otto Bauer und die deutschösterreichische Sozialdemokratie, in Rheinland unterstützte man die einstigen U-Boot-Kriegler und Annexionisten der „Kölnischen Volkszeitung" und verfolgte man die Sozialdemokraten, verbot ihre Zeitungen, sperrte ihre Redakteure ein oder wies sie aus.

Die stärkste Unterstützung der deutschen Reaktion bestand jedoch in der konsequent durchgeführten Gewaltpolitik von Compiègne und Versailles, über deren Folgen man sich unmöglich im unklaren sein konnte: eine konkrete Folge dieser Gewaltpolitik ist die Wahl vom 6. Juni.

Und so kommen wir zu der Hauptfrage, ob Stinnes und seine Leute der Entente nicht viel genehmere Partner wären, als die Linkspolitiker der bisherigen Koalitionsregierung.

Diese Frage ist, nach allem Vorangegangenen, zunächst, was Frankreich anbelangt, kaum zu verneinen. Heute ist Stinnes in den Augen der regierenden großkapitalistischen französischen Bourgeoisie nicht mehr der Mann, der die annexionistische Denkschrift der Großindustriellen-Verbände inspirierte, der die belgischen Arbeiterdeportationen — nach seinem eigenen Geständnis — anregte, der sich an der von seiner Gruppe empfohlenen Zwangsliquidation belgischer Industriewerke bereicherte, er ist der Mann, mit dem sich großzügige Geschäfte auf Kosten des französischen und des deutschen Proletariats machen lassen. Und als vor einigen Tagen Herr Hugo Stinnes in Paris zu den Wirtschaftsbesprechungen eintraf, da schrieb der „Temps" eine kleine Notiz, in der er auf die hervorragende Stellung Stinnes im deutschen Großunternehmertum, man könnte fast sagen, respektvoll hinwies. Derselbe „Temps", der vor Jahresfrist in einer Begründung der Versailler Bedingungen gehässig schrieb: „Was wir wollen, das ist, das deutsche Volk nach allen seinen Untaten am Genießen zu verhindern." Darunter versteht die französische Bourgeoisie wohl das massenhafte Verhungern von Säuglingen in Wien oder im deutschen Erzgebirge. Aber Herr Hugo Stinnes — das ist etwas anderes.

Nach alledem wird man es verstehen, wenn wir keinerlei Neigung mehr zeigen, eine Sündenlast Arbeit zu leisten, die weder im In- noch im Ausland Verständnis begegnet. Vielleicht steht jene oben geschilderte französische Stimmung im Gegensatz zu einer etwas spät erlangten Erkenntnis auf seiten Lloyd Georges und Nittis. Vielleicht wird bereits in Spa ein neuer Kurs eingeschlagen werden. Wenn dies der Fall sein sollte und eine Rechtsregierung am Verhandlungstisch die Früchte dieser unserer undankbaren Arbeit ernten sollte, die die Reaktion unausgesetzt bestrebt war, zu erschweren, dann werden wir es im Interesse des deutschen Volkes begrüßen. Eine spätere Zeit aber wird des weltgeschichtliche Verdienst der bisherigen Koalitionsregierung und speziell der deutschen Sozialdemokratie besser zu würdigen wissen, als das undankbare, irregeführte, aufgehetzte deutsche Volk es am 6. Juni getan hat.

Die amtlichen Berichte über Hans Paasche.

Hauptmann a. D. Willy Meyer schreibt dem Vorwärts:

Jedem, der Hans Paasche nahestand, werden die Adern schwellen, wenn er die amtlichen Berichte über seine Erschießung liest. Ich sehe davon ab, daß diese Berichte Widersprüche, Lücken, Flüchtigkeiten aufweisen. Das Empörende und Aufpeitschende an ihnen ist, daß sie sich nicht darauf beschränken, die Tatsachen darzustellen, sondern daß sie Urteile bringen, die mit dem Vorgang der Erschießung in keinem direkten Zusammenhang stehen — Urteile, die einen Mann, der tragisch geendet hat, in beispielloser Weise verunglimpfen.

Daß Paasche erschossen wurde, ist eine Schmach. Sie wird übertrumpft durch die Berichte, die man gewagt hat, unserm Volk vorzulegen. Ohne Grund wurde Paasche amtlich getötet. Und amtliche Organe scheuen sich nicht, das Opfer in der häßlichsten Weise zu beschmutzen. Es gibt keinen Ausdruck, der zu scharf wäre, um ein solches Verfahren zu brandmarken.

Im Laufe der Zeit bin ich öfters mit Paasche zusammen gewesen. Er verschmähte Alkohol und Tabak fast vollständig. Seine Bedürfnislosigkeit hatte etwas Rührendes. Nicht selten bestand sein Mittagbrot aus einem Stück trockenen Brot, etwas Milch und einem Apfel. Er war klug, belesen, kenntnisreich. Bleiach von seinem, treffendem Urteil. Ein kindlich gutmütiger, menschenfreundlicher, liebereicher, weicher Mann, mit einem Hauch von Schwermut, wie er fast alle edlen Menschen auszeichnet. So ist er mir stets bei Lebzeiten erschienen. Ich schreibe hier keine sentimentale Bewerräucherung eines Toten. Er war der Vater von vier kleinen mutterlosen Kindern, von denen er stets mit großer Zärtlichkeit sprach. Seine (anormale) Leidenschaft, die manchmal die Grenzen überschritt, war die Jagd. Mehrmals sagte er: Ich muß die Passion bekämpfen, sie verträgt sich nicht mit meiner Verabscheuung aller Gewaltanwendung. Politisch erschien mir Hans Paasche als idealer Schwarmgeist, der mit den realen Tatsachen und mit den Eigenschaften des Durchschnittsmenschen oft nicht stark genug rechnete. Es mag dies krankhaft gewesen sein. Der Kommunismus, der ihm amtlich nachgesagt wird, bewegte sich in der Richtung des Kommunismus Jesus Christus', zu dem sich ja die ganze europäische Menschheit (wenigstens mit den Lippen) offiziell bekennt.

Und wir ganz anders wirst du, Hans Paasche, nun Tausenden und aber Tausenden deiner Volksgenossen erscheinen! In den amtlichen Berichten bist du so gezeichnet: Als schwer geisteskranker Spartakist, als gewohnheitsmäßiger Wilddieb, Verächter allen Rechts, als ein Kerl, der fünf Personen auf dem Gewissen hat, als unrechtmäßiger Besitzer von Waffen, als ein Mann, den sein schlechtes Gewissen zur Flucht trieb. Und wir wird bei den Allzuvielen die Schlußfolgerung sein? Recht so, daß man dich niederschoß! Und die weitere Folge? Es wird alles beim alten bleiben, alles im Sande verlaufen. Der Riegel, der jetzt vorgeschoben werden müßte, um Wiederholungen solcher Tragödien unmöglich zu machen, wird nicht vorgeschoben werden. Weitere Erschießungen werden folgen. Wer wird der nächste sein?

Die deutsche Einheit im französischen Licht.

Andre Tardieu, der bekannte französische Mitarbeiter am Versailler Friedensvertrag, behandelt in einem Artikel der „Illustration", der vom „Figaro" eingehend besprochen wird, wieder einmal die Frage der Einheit des Deutschen Reiches. Er erinnert daran, daß Jules Cambon als Vorsitzender des Verbands-Ausschusses zur Prüfung der Vollmachten der Friedensunterzeichner die Frage aufgeworfen habe, ob nicht zur Gültigkeit des Friedensvertrages die Unterschrift Bayerns notwendig gewesen wäre, eine Frage, die der Ausschuß verneinte. Außerdem zitiert Tardieu die Versicherung Clemenceaus, er sei kein Anhänger der deutschen Einheit und wünsche dringend eine Zerteilung der deutschen Kräfte. Freilich sei eine solche unmöglich, wenigstens zurzeit, nachdem die Deutschen von dem partikularistischen Extrem in das der Zentralisation verfallen seien. Der „Figaro" feinerseits betont, daß die französischen Hoffnungen auf ein Erstarken der separatistischen Bewegung im Rheinland und in Bayern sich als völlig illusorisch erwiesen hätten, und daß der Versuch, die Einheit Deutschlands gewaltsam in Stücke zu schlagen, als undurchführbar angesehen werden müsse.

Zu dem Sturz des italienischen Kabinetts Nitti wird der „Vossischen Zeitung" noch gemeldet: „Auch dieses Kabinett Nitti endete mit einer allgemeinen Prügelszene zwischen der Linken, der Mitte und der Rechten. Zuletzt war kein Wort mehr zu verstehen. Der Eindruck dieses elementaren Zusammenbruchs des Nitti-Kabinetts war überall sehr tief. Nur ein Name wird heute als möglicher Nachfolger genannt: Giolitti. Sollte ihm die Kabinettsbildung nicht gelingen, so wäre nach der allgemeinen Ueberzeugung die Rolle dieses Parlaments ausgespielt, und Neuwahlen wären bei den gegenwärtigen Verhältnissen ein Abenteuer von großer Gefährlichkeit. Uebrigens ist auch Orlando als Kammerpräsident zurückgetreten."

Die Delegation der englischen Arbeiterpartei über die Zustände in Rußland. Amsterdam, 10. Juni. „Telegraaf" meldet aus London: Die Delegation der englischen Arbeiterpartei, die Rußland besucht hat, ist gestern abend zurückgekehrt. Der Vorsitzende der Abordnung, Ben Turner, sagte in einem Interview, in Rußland herrsche viel Uneinigkeit zwischen dem flachen Lande und den Städten, weil letztere den Bauern für die Lebensmittel keine Tauschmittel bieten könnten. Turner gab zu, daß in Rußland ein roter Terror geherrscht habe, aber lediglich als Vergeltung und als Folge des weißen Terrors. Der allgemeine Eindruck der Delegation sei, daß der Grundsatz einer Räteregierung für ein demokratisches Land wie England nichts tauge. Es liege sicher viel Gutes in dem Streben der Bolschewisten, aber sie berücksichtigen die menschliche Natur nicht, und so viel Schönes der Kommunismus in vielen Beziehungen auch einschließe, so könne er erst in einigen Generationen verwirklicht werden. Der Delegation ist aufgefallen, daß unter der bolschewistischen Regierung keine industrielle Freiheit besteht und daß Arbeitsniederlegung nicht gestattet wird. Turner sagte zum Schluß, die Bevölkerung des flachen Landes stehe dem Bolschewismus nicht sowohl freundlich als vielmehr gleichgültig gegenüber, dagegen sei die große Mehrheit der Bevölkerung von Petersburg, wo am meisten gehungert wurde, unstreitig auf seiten der Bolschewisten.

Eine Denkschrift Krassins.

London, 10. Juni. Es verlautet, daß die Denkschrift, die Krassin dem Ausschuß des Obersten Wirtschaftsrates unterbreitet hat, folgendes enthält:

1. Einstellung des Kriegszustandes als Vorbedingung der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen. 2. Einstellung der Blockade und 3. die Möglichkeit, wirtschaftliche und kommerzielle Beziehungen mit den Mächten, mit denen Rußland im Kriegszustand lebt, anzuknüpfen. Ferner scharfe Umschreibung der Bedingungen für diese Wiederaufnahme. Diese Bedingungen umfassen eine Handelsvertretung auf der Basis der Gegenseitigkeit, ferner das Recht der Handelsvertreter, mit anderen Ländern in geregelte Verbindung zu treten und die Zusage, daß die Fragen, welche mit dem künftigen Frieden im Zusammenhang stehen, die gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Operationen nicht beeinflussen werden. Weiter die Wiederherstellung der Freiheit zu Wasser und zu Lande. Schließlich gibt Krassin eine Anstellung der Waren, die in Rußland ein- und ausgeführt werden können.

Englisch-russische Verständigungsversuche. Nach einer Meldung aus London erklären die „Times", daß die britische Regierung trotz des Widerstandes Frankreichs fest entschlossen sei, zu einer Verständigung mit Rußland zu kommen und besonders den Postverkehr wieder zu eröffnen. Millerand habe geltend gemacht, daß eine Wiederaufnahme des Postverkehrs mit einer Anerkennung der Moskauer Regierung gleichbedeutend sei.

Einem Londoner Bericht des „Nieuwe Courant" zufolge wird halbamtlich gemeldet, daß die Schwierigkeiten, die der sofortigen Aufnahme der Handelsbeziehungen zwischen England und Rußland im Wege stehen, jetzt beseitigt sind. Gold und Platin sollen bei der ersten Abrechnung als Zahlungsmittel dienen.

Schweden hält sich schadlos. Schwedische Firmen, die von Sowjetrußland Schadenersatz zu fordern haben, beschlossen, das Krassinsche Golddepot mit Arrest belegen zu lassen. An der Spitze der Aktion steht die schwedisch-dänisch-russische Telephongesellschaft. Die großen schwedischen Lokomotivfabriken haben die Aufträge der bolschewistischen Regierung nicht angenommen. Auch die meisten schwedischen Banken nehmen eine sehr reservierte Haltung ein.

Zur Verstaatlichung der Krüppelfürsorge.

Nachdem bereits im Jahre 1916 auf der 8. Konferenz der deutschen Krüppelheime der Innern Mission eingehend wegen der Uebernahme der Krüppelfürsorge durch den Staat verhandelt worden war, beschäftigte sich die letzte Oktoberversammlung der deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge erneut mit diesem Gegenstand und brachte bei der preußischen Landesversammlung einen diesbezüglichen Antrag ein, der den Erlaß eines aus 11 Paragraphen bestehenden Gesetzes zur Folge hatte, das mit dem 1. Oktober 1920 in Kraft treten soll. Damit wird den anstaltsbedürftigen Krüppeln bis zum Alter von 18 Jahren entsprechende Unterbringung, Verpflegung und Ausbildung in einem geeigneten Heim gewährleistet, aber auch den nicht anstaltsbedürftigen Schutz und Förderung zugesagt. Jeder Stadt- und Landkreis muß wenigstens eine Krüppelfürsorgestelle einrichten, während Hebammen, Aerzte und Lehrer gehalten sind, jeden Fall von Krüppeltum zur Anzeige zu bringen. Durch dieses Gesetz werden in Preußen nicht weniger als 180 000 verkrüppelte Personen erfaßt. Ist doch das Krüppeltum das größte Gebiet unter dem Anormalenelend. Da bisher jede straffe Handhabe zu seiner Bekämpfung fehlte, so hat man Jahr für Jahr bedeutende Summen für

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Anzengruber.

(58. Fortsetzung.)

„Ihr seid nur liederlich," schrie Florian, „weil ihr gesund und dabei faul seid und nicht wißt, was ihr anfangen sollt, damit euch die Zeit auch ohne Arbeit vergeht. Sieben Dirnen zu gleicher Zeit nachsteigen, euch vom Bauer aussagen lassen, wo gar keine Bäuerin an euch denkt, das haltet ihr schon für einen Kapitalspaß; mich freut's nur, wo eine Teufelei dabei ist. Einem Bauer zeigen, daß auf seiner goldigen Aue, die er jahrelang bis auf den Kern zu kennen glaubt, nur Flimmer klebt, und daß sie taub ist. — früher als der rechte Bub' bei einer Dirn' einsteigen und ihm Tag darauf, wenn er muckt, noch obendrein die Knochen zerschlagen, das ist so meine Unterhaltlichkeit!"

Von den sechs Burschen, die mit Florian um den Tisch saßen, waren fünf fast noch jünger wie er; man sah ihnen an, daß sie nur mit dem Gefürchteten umgingen, weil sie glaubten, durch die Schrecken, die ihn umgaben, auch für ihre Person gefeit zu sein, und gewiß waren, einiges Aufsehen zu erregen, wenn man sie immer, aus tausend und keinem Anlaß, an seiner Seite sah. Diese schwiegen stille und begnügten sich, ihm beifällig zuzunicken, nur einer wagte sein Weinkrügelein unternehmend anzufassen und damit an das seines Vorbildes anzustoßen.

Der Sechste war ein älterer, riesenhaft gebauter Mensch, seines Zeichens ein Kohlenbrenner, er war offenbar dem von der Mühle im Wassergraben herstammenden jungen Apostel der Liederlichkeit nicht vom brennenden Kohlenmeiler weg gefolgt, für ihn hatte dessen Botschaft wohl lange vorher schon bestanden, und er hielt sich nur zu ihm als zu einem Gleichgesinnten; diese Stellung und seine Jahre erlaubten ihm schon, sich etwas „herauszunehmen". Er tat einen langen Trunk und sagte:

„So hat halt jeder sein eigenes gemütliches Wesen an sich. Aber eins hab' ich dir gut, ich weiß doch gewiß auch, was einer mitmachen kann, aber das soll ein jeder dabei recht bedenken, wie weit er ausreicht. Du bist ein Teuxelskerl, da ist nichts zu reden, schon gar nichts; im Ringen hast du deinen Vorteil, du hast mich untergekriegt, das will was heißen! Wenn es dir ansteht (gefällt), so saufst du die Mannleut' unterm Tisch und schwätzest die Weibsbilder um ihr klein bissel Verstand, alles recht, wenn man's nur auch treibt wie ein ordentlicher Mensch, aber du tust bei allem nicht anders wie ein wildes Vieh. Schau nur, zum Beispiel beim Raufen, wie tust du da? Unsereins erhitzt sich dabei nicht mehr, als notwendig ist, und wartet auf seinen Vorteil; gewinn man den und drückt seinen Widerpart so sauber nach einer Seite, wo er nimmer schaden kann, dann lacht einem ja erst das Herz im Leibe, wenn man ihn so hat und hält und haut, so lang es angeht, in aller Gemütlichkeit; aber du tust ja gleich vom Anfang, als würd'st es versäumen, du paßt nichts ab, du schaust gleich aus, als möchten dir die Stirnadern springen, und wenn du endlich obenauf bist, kannst du dem andern gar nichts mehr antun, musst selbst gleich ablassen und verdirbst dir die ganze Freud'. So ist's auch beim Trinken, du hältst keine Zeit ein von Trunk zu Trunk, bei dir muß's wie auf der Extrapost gehen, und hast du dir eine Liebschaft in den Kopf gesetzt, da weißt du dich gar nicht mehr aus vor Leidenschaftlichkeit und Liebereile. Ich sag' dir, das taugt eben alles nichts, du schaust auch gar nicht gesund dabei aus, mir geschäh' leid um dich, aber glaub' mir, wenn du es so forttreibst, so machst du es nimmer lang mit!"

Das und lang? Ich möcht' selber nicht," sagte der Müllerssohn. „Meinst du, ich häng' an der Welt! Ich spuck' auf sie. Einmal hätt' ich mir sie gefallen lassen, wie sie da eingerichtet ist für die ordentlichen Leute, aber wie ich hinzugekommen bin, da war die Tür zu, ich hab' mich dagegen aufgebäumt, daß ich mir die Seel' ausgerenkt hab', und die richtet mir kein Doktor auf der Welt wieder zurecht. Und wenn ich denk', wer und was sich dagegen gestemmt hat, daß ich wohl hab' ablassen müssen, da verwind' ich's nicht. Ich verwinde es nicht!" — Er preßte die Zähne zusammen, daß die Spitze seines Pfeifenrohres zerfpellte. — „Kohlenbrenner-Jackl, du sagst, ich gebärd' mich wie ein wildes Vieh, hast recht, was ich tu', ich tue es in Grimm und Wütigkeit. Ich habe eine verschrobene Welt in mir und neid' einem jeden seine ehrliche, gerade und verderb' und verkrümm' sie ihm, wo ich kann. Schau, ich weiß, selbst deinem Treiben macht einmal die Zeit ein End', und du wirst dich fein langsam zur Ruh' geben, und die andern da, die toben sich aus und schicken sich dann gerne in ein ehrsam' Leben auf dem Elternhof. So aber ist's nicht bei mir, ich komm' nicht zur Ruh', und für mich ist nichts mehr da, in was ich mich hineinschicken könnt'!"

„Und laß dir gleich noch eins sagen," fiel ihm der Kohlenbrenner Jakob in die Rede, „deine Ausreden taugen auch nichts, du hast dir einmal inwendig vorgenommen, du willst einen ganz besonderen Lumpen in der Welt abgeben und wilder tun, als alle anderen, darum redest du so daher. Man weiß ja doch, warum du auf einmal anders geworden bist, als du früher gewesen warst; um eine Dirn' ist's halt hergegangen, die du nicht hast haben sollen, um so was mag einen schon recht schaffen ärgern, aber für so einen Schwächling hab' ich dich nicht, mein lieber Florl, daß dich das ganz aus dem Häusel brächt' und dir die Welt verleidet!"

Der unternehmende Junge von vorhin schrie dazwischen: „Und die Welt wär' schon schön, wüßt' man nur, was man darauf anfangen sollt'." Da diese nachdenkliche Aeußerung weder dem Müllerssohne noch dem Kohlenbrenner zugunsten oder Ungunst geredet war, so passierte sie unangefochten; der Bursche blickte stolz um sich, denn er hatte mitgesprochen.

Florian, der den Kohlenbrenner eine Weile mit großen Augen angesehen, lachte jetzt höhnisch auf. „Ich glaub' gar, du traust mir nur darum nicht zu, daß mir anders zu Mut' sein könnt' als euch, weil du nicht gerne zurückstehen willst, du warst ja vor mir der ganz besondere Lump vom Ort, und dich kränkt wohl, daß du jetzt nicht wie früher das große Wort führen sollst?"

„Das ist Unsinn geredet," brummte der also Angeschuldete. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200611-11/fragment/page=0002

den Unterhalt von Krüppeln verschwendet, ohne daß das Bild besser wurde. Nunmehr soll das Elend tatkräftig und vor allem rechtzeitig erfaßt werden, so daß die Hilfe da einsetzt, wo sie am wirksamsten ist. Außerdem soll für eine nachdrückliche Prophylaxe gesorgt werden, die um so aussichtsvoller ist, als 90 Proz. aller Krüppel gesund geboren wurden, also fürs Normalsein angelegt waren. Es ist zu hoffen, daß das neue Gesetz der großen Gefahr wehrt, daß so viele Menschen, statt arbeitsfrohe Mitglieder der menschlichen Gesellschaft zu sein, zu Almosenempfängern werden. Den bisher so reichgesegneten Krüppelheimen erwächst durch das Gesetz ein neues Feld der Betätigung, weshalb sie verdienen, in dieser schweren Zeit aufs eifrigste unterstützt zu werden, damit sie ihren hohen Aufgaben in weitem Umfange erfüllen können. Für die Prov. Sachsen kommen vor allem die Pfeifferschen Anstalten in Magdeburg-Cracau und das Krüppelheim zu Halle in Betracht.

„Doch ach, wir sind zu schwach".

Henke gegen eine sozialistische Regierung.

Alfred Henke, der bisherige Vorsitzende der Unabhängigen Fraktion in Berlin, nimmt in dem Bremer unabhängigen Organ Stellung zur Regierungsbildung im Reiche und in Bremen, wo eine sozialistische Mehrheit geblieben ist. Er schreibt: „Hat die bürgerliche Politik uns nicht in das Kriegselend geführt? Mögen ihre Sachwalter sie nun fortführen und mit ihr untergehen! Eine Regierung ohne Bürgerliche scheint nach den bis jetzt bekanntgewordenen Wahlresultaten im Reiche unmöglich zu sein, und wäre sie möglich, würde ich es für einen schweren Fehler halten, wollte die Unabhängige Sozialdemokratie sich daran beteiligen.“ Henke begründet das mit der Ansicht, daß eine sozialistische Regierung im Reiche gegenüber der bürgerlichen Opposition nicht genügend Machtmittel zur Verfügung hätte.

Obgleich in der Bremer Bürgerschaft zusammen 59 Sozialdemokraten und Unabhängige, 5 Kommunisten und 56 Bürgerliche sitzen, also auch ohne positive Mitarbeit der Kommunisten eine sozialistische Regierung möglich wäre, lehnt Henke auch die Uebernahme der Macht für Bremen ab, weil eine rein sozialistische Regierung zu leicht gestürzt werden könnte. „Wenn aber schon so leicht die eine oder die andere Regierung gestürzt werden könnte,“ sagt er wörtlich, „dann ist es doch nur in der Ordnung, wir gehören nicht zu den Gestürzten, sondern zu den Umstürzlern.“

Wenn aber umgestürzt ist, werden die dann endlich stark genug sein? Oder muß sich nachher wieder ein bürgerliches Regiment installieren, an dem dann die einzig revolutionäre Tätigkeit des Umstürzens vollzogen wird.

Schreckliche Verbrechen.

Darf man Reform der Reichswehr fordern?

Der Republikanische Führer-Bund sandte seit dem März dieses Jahres eine Anzahl Beschwerden über Benachteiligung seiner Angehörigen an das Reichswehrministerium mit dem Erfolge, daß er auf diese bisher keine Antwort erhielt. Dazu fehlt im Reichswehrministerium offenbar die Zeit. Wohl aber besteht Zeit und Muße, daß die Nachrichtenstelle des Reichswehrministeriums eine Notiz an die Presse versendet, in der sie an der Hand von ein paar sorgfältig ausgesuchten Fällen und mit Hilfe einer unrichtigen Sachdarstellung darzutun sucht, daß die Beschwerden unberechtigt seien. Wir müssen über dieses Verfahren unser Befremden aussprechen, daß man einen Beschwerdeführer, noch bevor man ihm Antwort erteilt, vor der Oeffentlichkeit zu diskreditieren sucht.

Die Art, wie von der Nachrichtenstelle die betrefffenden Fälle dargestellt werden, bedarf keiner besonderen Beleuchtung. Es ist eben die übliche Methode der militärischen Nachrichtenstellen, die die der Oeffentlichkeit ja hinreichend bekannt ist.

Was aber die Nachrichtenstelle des Reichswehrministeriums als militärisches Verbrechen ansieht, dafür sei folgender Passus zitiert:

Aus den zahlreichen Berichten über Versammlungen des R. F. B. sei nur auf die in Schweidnitz vom 26. April 1920 hingewiesen, wo neben der gewöhnlichen Hetze gegen die Offiziere unbedingte Politisierung der Reichswehr und die Besetzung der Führerstellen bis zum Kompagnieführer mit Unteroffizieren, der Stabsoffizierstellen mit Offizieren des Beurlaubtenstandes und der höheren Führerstellen mit Zivilkommissaren gefordert wurde.

Hier ist natürlich Wahres mit Falschem durcheinandergebracht, es ist nicht Politisierung der Reichswehr, sondern Republikanisierung gefordert worden usw. Aber den Hauptanstoß scheint man im R. W. M. offenbar daran zu nehmen, daß in der Versammlung eine andere Methode für die Besetzung der Offizierstellen verlangt wurde. Das ist allerdings ein schreckliches Verbrechen! Es handelt sich dabei um einen ganz sachlichen Reformvorschlag, über dessen Zweckmäßigkeit sich streiten läßt, der aber jedenfalls eine durchaus loyale Forderung an Regierung und Gesetzgebung darstellt. Wir möchten nun gern erfahren, ob das Reichswehrministerium in der Aufstellung von sachlichen Reformvorschlägen für die Reichswehr einen Grund zum Einschreiten sieht.

Kleine Anfrage.

Folgende kleine Anfrage verdiente im neuen Reichstag sofort eingebracht zu werden:

Vor einigen Wochen wurden durch die Magdeburger Sicherheitspolizei mehrere Freikorpswerber verhaftet. Es handelte sich um eine wilde Zeitfreiwilligenformation, das Freikorps Brandenburg, das nach Auskunft des Reichswehrministeriums nicht berechtigt ist, Werbungen vorzunehmen. Das Ministerium bat, die verhafteten Werber, insbesondere den Bataillonsführer Leutnant Schmidt, vorläufig in Haft zu behalten. Die Antwort traf leider aus unaufgeklärten Gründen erst nach mehreren Wochen ein. Inzwischen hatte der politische Referent im Reichsministerium des Innern, der ehemalige konservative Landtagsabgeordnete Geheimrat v. Jakoby die Entlassung verfügt und trotz aller Bedenken der Magdeburger Sicherheitspolizei durchgesetzt.

Was gedenkt die Regierung gegen einen Beamten zu unternehmen, der in dieser Weise die auf Meuterei und Widersetzlichkeit hinauslaufenden Pläne der Freiwilligenkorps begünstigt hat.

Nach dem neuen System.

Die Rechtspresse vermeldet höhnisch, daß der „Landrat“ nach dem neuen System Passehl in Neustettin als Zeitungsträger begonnen hat und in weiterer Folge Bäckerlehrling, Mühlenarbeiter, Knecht, Waldarbeiter, Schreiber, Kohlentrimmer, Hafenarbeiter, Privatsekretär, Eisenbahnarbeiter, Journalist, Schriftleiter, Schriftsteller und Verleger und nunmehr Landrat geworden sei. Ein tüchtiger Kerl. Lebte er in Amerika und wäre schließlich Millionär geworden, würde ihn die ganze Rechtspresse bewundern. Von den Landräten alten Systems hätte es keiner vom Zeitungsjungen aus eigener Kraft zu etwas gebracht.

Notizen.

Demokratischer Umfall. Die Wahlniederlage der Demokraten in Breslau hat bereits eine auffällige Rechtsschwenkung ihres bisher entschiedensten Organs, der „Breslauer Morgenzeitung“, zur Folge gehabt, denn ihr demokratischer Redakteur, Herr Dau, ist von dem Verleger des Blattes in Urlaub geschickt. In einer Erklärung an der Spitze des Blattes wird vor der Leserschaft Abbitte geleistet für die bisherige Politik und eine gut bürgerliche Haltung für die Zukunft versprochen. Vielleicht sind das die ersten Schritte zur Uebernahme der drei großen Blätter Breslaus durch den Stinnes-Konzern.

Die Angst vor der eigenen Courage. Im schwerindustriellen „Abend“ erzählt jemand, wie in der Berliner Markthalle die Händler über die Zwangswirtschaft und die bisherige Regierung schimpfen. Dem fügt der ahnungsvolle Mann hinzu: Den stillen Zuhörer aber überkommt ein stilles Grauen, wenn er vernimmt, welchen Umschwung der Dinge man von dem neuen Kabinett erwartet. Ein Glück, daß man nicht selbst Aussicht auf einen Ministerposten hat.

Der Abtransport Lewiens. Wie die P. P. N. hören, plant die deutsch-österreichische Regierung den aus der Zeit der Münchener Räterepublik bekannten Kommunisten Lewien nach Rußland abzuschieben. Um den Weg über Ungarn zu vermeiden, wollte sie den über Deutschland wählen. Die deutsche Regierung hat aber gebeten, von diesem Vorhaben abzusehen.

Eine polnische Abordnung in Oppeln. In Oppeln weilte eine Abordnung der polnischen Regierung unter Leitung des Herrn Trcrnski zwecks Abschließung eines Verkehrsvertrages mit der interalliierten Kommission.

Sturz der argentinischen Getreidepreise. Havas meldet aus Buenos Aires: Das Ausfuhrverbot für Getreide hat zur Folge gehabt, daß die Preise um 30 Prozent gesunken sind.

Die Wahlen in Rumänien. „Times“ meldet aus Bukarest, durch die allgemeinen Wahlen in Rumänien erhielt General Averescu eine große Mehrheit. 200 Abgeordnete gehören zu der Volkspartei unter General Averescu, während die Opposition 127 Mitglieder zählt.

Gerüchte über Rüstungen. In politischen Kreisen von London wird erklärt, die Tschechen hätten in der Tschecho-Slowakei sieben Divisionen dicht an der polnischen Grenze aufgestellt.

Haben wir noch eine Zwangswirtschaft?

Unwillkürlich muß sich einem diese Frage aufdrängen, wenn man nachstehende Inserate liest, die der Zeitschrift „Daheim“ entnommen sind.

Gebe einen Schinken gegen eine dem Wert entsprechende Menge Zucker ab. Angeb. u. 11 044. „Daheim“, Leipzig.

Zigaretten gesucht im Tausch gegen Lebensmittel (Butter usw.). Freundl. Off. u. 10 981. „Daheim“, Leipzig.

Gebe Leinenbettuch gegen Butter, Speck oder Mehl. Gefl. Off. an A. Hoppe, Dresden N. 12.

Tausche ein, gegen ganz neuen hellgrauen Cutaway-Sommeranzug, einen Zentner Zucker. B., Berlin-Friedenau.

Gebe schönen Waschanzug für 14jähr. Knaben gegen 30 Pfund Zucker und 70 Mark, auch 20 Pfund schönes Brotmehl gegen 20 Pfund Zucker oder Reis. Off. unter 10 685 an „Daheim“, Leipzig.

Zucker, Pfund 13 Mk. Versand gegen Nachnahme. Offerten unter 11 100 an „Daheim“. Leipzig.

So, also Zucker zu 13 Mk. das Pfund kann man in beliebiger Menge erhalten? Was aber, wenn man nicht so vermögend ist, um solche Wucherpreise anlegen zu können? Soll man auf Zucker und andere Lebensmittel verzichten und hungern oder seinen Hausstand Stück um Stück in den Schleichhandel bringen? Dabei wird nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ die Zuckerration vom 1. Juli ab erneut verkürzt werden. Da wir also noch Zwangswirtschaft haben, hat die Regierung auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß diese nicht zur Schraie wird. Uebrigens ist „Schleich“handel wirklich nicht mehr das rechte Wort, denn der Handel blüht, wie man sieht, ganz öffentlich und ungeniert.

Wirtschaftliches.

Erhöhte Arbeitsleistung bei geringeren Löhnen.

Wie sich die bayerischen Industriellen die Ueberwindung der bevorstehenden Wirtschaftskrisis denken, ergibt sich aus Ausführungen, die der Syndikus des Bayerischen Industrieverbandes, Dr. Kuhlo, der Sohn des früheren Generaldirektors von Hilpert in Nürnberg, auf der Mitgliederversammlung am 4. Juni machte:

„Herr Dr. Kuhlo wandte sich der Lage der Industrie in Bayern zu, die wenig beneidenswert sei. Sie sei hier in der Gefahr, entweder von einer linksstehenden Regierung maßlos belastet oder von einer großen agrarisch orientierten Partei, welche für die Industrie noch nie Verständnis gezeigt habe, auf das schwerste vernachlässigt zu werden. Die Industrie sei in Bayern nur auf ihre eigene Kraft angewiesen und muß sich darüber klar sein, daß sie nur im engen Zusammenschluß ihre Existenz behaupten könne. Er wies dann auf die bevorstehende Krisis der Industrie hin. Er betonte, daß die Absatzmöglichkeit der Industrie durch die enormen Löhne und Materialpreise sehr gefährdet sei und daß sie nunmehr gezwungen werde, von ihren Arbeitern erhöhte Leistungen bei geringeren Löhnen zu verlangen. Daß dies nicht ohne schwere Kämpfe durchgesetzt werden könne, sei fraglos.“

Ein anderes Auskunftsmittel haben die Herren Industriellen nicht. Nachdem eine verhängnisvolle freie kapitalistische Wirtschaft die Materialpreise ins Phantastische hinaufgetrieben hat, die Inlandpreise gewaltsam an die Weltmarktpreise herangebracht wurden und man jetzt feststellt, sollen die Arbeiter wieder bluten. Herr Syndikus Dr. Kuhlo, so wird es nicht gehen! Es gibt aber einen anderen Weg, der noch offen steht, nämlich den Zusammenschluß der Unternehmungen zu Produktionsgemeinschaften, die eine so weitgehende Nationalisierung und so große Ersparnisse sichern, daß ohne die unmögliche Herabsetzung der Löhne und Gehälter die Produktion aufrechterhalten werden kann. Weiter darf die Arbeiterschaft aber wohl mit Recht fordern, daß zuerst die Ausschüttung von Dividenden und Unternehmergewinnen gekürzt wird, ehe man daran geht, den Arbeitnehmern das Existenzminimum noch weiter zu schmälern.

Der Vorzug der konsumgenossenschaftlichen Bedarfsdeckung.

Mit zwingender Gewalt drängt die Entwicklung von der plan- und systemlosen kapitalistischen Profitwirtschaft zum organisatorisch vollkommeneren System der genossenschaftlichen Warenversorgung. Wie vorteilhaft sich gegenwärtig bereits die kräftesparende Organisation der Konsumgenossenschaft abhebt von der Privatwirtschaft sei an zwei Beispielen gezeigt, die darstellen, welch enorme Zersplitterung bei der Verteilung der zwangsbewirtschafteten Waren vorhanden ist. In Gera kamen in der Mitte des vergangenen Jahres für die Warenverteilung des Kommunalverbandes insgesamt 130 Läden in Betracht mit einer Kundenzahl von 48 714, davon entfielen auf die fünf Läden des Konsumvereins 9271 Kunden, auf die übrigen 125 Läden deren 39 543. Während auf je einen Laden des Vereins im Durchschnitt 1854 Kunden entfielen, kamen auf ein Privatgeschäft nur 731. In Altenburg kommen für die Verteilung außer sechs Grossisten als Oberverteilern 98 Kolonialwarengeschäfte in Frage. Der Konsumverein hat in seinen fünf Verkaufsstellen mehr als ein Viertel der gesamten Bevölkerung als Kunden bei rund 3500 Mitgliedern. Bei der Brot- und Mehlversorgung das gleiche Bild. Während 10 Betriebe unter 1 Zentner, 50 bis zu 10 Zentnern, 53 bis zu 50 Zentnern lieferten, lieferte der eine Konsumvereinsbetrieb 270 bis 300 Zentner. Bei diesen Vergleichen ist zu berücksichtigen, daß sich die Zahlen, wie erwähnt, auf die Mitte des

Kleines Feuilleton.

Wahlkater.

Der Mensch, der sich ins Dasein quält
(Mit Assistenz der Hebamme),
Was macht er wohl zuerst? Er wählt!
Und zwar den Tate und die Mamme.

Auch später geht er feste druff.
Will er im Leben etwas zählen,
Muß er den richtigen Beruf,
Um tüchtig Geld zu scheffeln, wählen.

Dann wählt er sich ein Ehgespons
Und jedes Jahr die Volksberater,
Mal linksrum (Soz.), mal rechtsrum (Konf.),
Das war die Wahl, jetzt kommt der Kater.

Er nimmt den Schädel sorgenvoll
In seine Hand und murmelt grimmig:
Wenn ich mal wieder wählen soll,
Dann wähl ich anders! Gottverdimmich!

Altre in d. „W. a. M.“)

Als Einführung in das expressionistische Drama: Die Bürger von Calais v. G. Kaiser, das heute abend im Stadttheater gegeben wird und den Zyklus „Drama der Jugend in Deutschland“ abschließt, war der gestrige Vortrag von Privatdozent Dr. Liepe gedacht. Der Naturalismus in der Kunst war eine Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsform. Das Manchestertum mit seinen ungeheuerlichen Auswüchsen in der Kultur wurde zum Krebsschaden an der Volksseele, nicht nur am Volkskörper. Krasser Materialismus, ein ungezügelter Götzendienst des Mammons wurden die Todfeinde des Idealismus. In dieser Materialisierung erstarb die Seele des Menschen. Das Glück, die Harmonie suchten wir außer uns; die Dinge standen über dem Menschen. So schafften die Naturalisten eine Kunst, die nichts mehr sein sollte als die Wirklichkeit selbst. Der Naturalismus ist überwunden, er war nur Weg, konnte nie Endziel sein. Die Verflachung unseres Geisteslebens durch die kapitalistische Kultur mußte bei Ernst-Suchenden notwendig eine Reaktion hervorrufen. Das „zurück zur Natur und Wirklichkeit“, mußte ein „zurück zum Geist und Seele des Menschen“ auslösen. So wurde eine „Richtung“ in der Kunst geboren, die unter dem Namen Expressionismus den Menschen zu sich selbst führen will. Der Expressionismus stellt keine „neue Schule“ sondern eine neue Kunst überhaupt dar. Das Erlebnis in uns ist der Stoff des Expressionisten.

Der Weltkrieg, der „den ethischen Bankerott der Vorkriegskultur“ brachte, hat den Expressionismus mächtig beflügelt. Das Sehnen aus der öden Mechanisierung unseres geistigen Leben ist heute mehr oder minder bewußt bei dem geistigen Menschen ausgeprägt. Der neue Mensch wurde im Blutbad der Völker geboren, seiner tiefen Sehnsucht nach mehr Innenleben, seiner Abkehr vom Alltagsflachen kommt der Expressionismus entgegen. Die neue Kunst soll nicht nur Weg, sondern Ziel selbst sein. Sie steckt noch in Anfängen, allzu viel Schlacken haften ihr an und wohl auch derentwillen wird sie so wenig ernst genommen. Einige starke Talente werden umringt von zahlreichen Mitläufern, denen die Form alles, der Inhalt nichts ist.

Der Vortrag von Dr. Liepe über Wesen und Ziele der expressionistischen Dichtung hat sicherlich mitgeholfen, der neuen Kunst die Wege zu ebnen. Er fand im verhältnismäßig gut besuchten Mozartsaale dankbare Zustimmung. —e—

Ein Mammutfund in Württemberg. In einer Sandgrube in Aalen wurde dieser Tage ein seltener paläontologischer Fund gemacht. Man stieß auf einen etwa 1,60 Meter langen Stoßzahn eines Mammuts, der, wenn auch brüchig, so doch vollständig erhalten ist. Der Zahn ist der Stuttgarter Naturaliensammlung überwiesen worden, wo seine Präparation und Aufstellung erfolgen wird.

Der Druckfehler. Die folgende klassische Aerzteanekdote wird in der „Westdeutschen Aerzte-Zeitung“ von dem berühmten Berliner Arzt Dr. Markus Herz, dem Gatten der in Romantikerkreisen gefeierten Henriette Herz, erzählt. Er behandelte einst einen Patienten, der die Angewohnheit hatte, seine Krankheiten in medizinischen Büchern nachzulesen und sich selbst helfen zu wollen. Zu ihm sagte Herz in ernstem Ton: „Nehmen Sie sich in acht, Sie sterben noch einmal an einem Druckfehler!“

Stadttheater. Heute, Freitag, abends 7½ Uhr, gelangt das Bühnenspiel „Die Bürger von Calais“ von Georg Kaiser im Zyklus „Das Drama der Jugend in Deutschland“ zur Erstaufführung. Sonnabend wird Richard Wagners „Die Walküre“ gegeben. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß diese Vorstellung bereits um 7 Uhr beginnt. Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, Volksvorstellung „Der Widerspenstigen Zähmung“, abends 7½ Uhr „Der Bettelstudent“. Montag „Carmen“.

Literatur.

„Hausrat“. Eine Monatsschrift, Herausgeber Dipl.-Ing. Lenser, Verlag: Potsdamer Str. 74, pro Heft 1,50 Mk.

Die Bewegung, auch das Heim der weniger Bemittelten mit preiswertem und geschmackvollem Hausrat zu versehen, geht zwar schon auf die Zeit vor dem Kriege zurück, aber erst die Not auf dem Möbelmarkt im Kriege und der Preiswucher gab den Anstoß, den Jungvermählten durch Gründung einer Reihe von gemeinnützigen Unternehmungen, vor allem in den süddeutschen Bundesstaaten, preuß. Provinzen und größeren Städten zu helfen. Ihren Einfluß auf die geschmackliche Ausgestaltung unseres Heims zu gewinnen, soll auch die neue unter Mitwirkung der führenden Kräfte des Werkbundes herausgegebene Monatsschrift „Hausrat“ dienen. Der aus dem Siedlungswesen und als Führer der Hausratbewegung bekannte Herausgeber Arch. Dipl.-Ing. Erich Lenser hat die bewährtesten Fachleute als ständige Mitarbeiter gewonnen. Was von deutschen Künstler-Werkstätten auf dem Gebiet des Hausbaus, Mobiliars, der Wohnungskunst, auch Dingen des täglichen Bedarfs in geschmacklich einwandfreier Form und handwerklich guter Technik geschaffen, soll aus der Fülle des Schunds hervorgehoben werden, Handel und Erzeuger, Architekten, Kunstgewerblern und Werkstätten Anregung für ihr Schaffen, dem Mieter, Siedler, den jungen Paaren durch reiches Vorbildermaterial gezeigt werden, wie sie das Heim mit einfachsten Mitteln zweckmäßig und schön gestalten können. Dem Inhalt entnehmen wir: „Wie hänge ich meine Bilder“, mit Skizzen Prof Tuffenans, häusl. Blumenpflege, Küchen- und Wohnräume, alter Hausrat, Reform des Abzahlungswesens, Abbildungen von Tapeten, Beleuchtungskörpern, Gläsern, Porzellan, Kinderzimmern, außerdem eine Bücherschau: „Was soll ich lesen“, Beratungsstelle für künstl. Alltagsfragen. Der Preis für die auf Kunstdruckpapier gedruckte Zeitschrift ist für das Gebotene erstaunlich billig und nur durch die von den Hausratgesellschaften gebrachte Unterstützung möglich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751920061l-11/fragment/page=0003

vergangenen Jahres beziehen; seit dieser Zeit haben beide Vereine eine beträchtliche Mitgliederzunahme erfahren. Das Verhältnis hat sich infolgedessen noch weiter zu deren Gunsten verschoben. Wie hier nun, so liegt es überall.

Die Daimler-Motoren-Gesellschaft. In der ordentlichen Generalversammlung der Daimler-Motoren-Gesellschaft wurde beschlossen, aus dem Gewinn, der sich mit Einrechnung des alten Vortrages von 162 198 M. und Heranziehung früherer Rückstellungen auf 3 252 175 M. beläuft, eine Dividende von fünf Prozent (i. V. 6 Prozent) zu verteilen. Außerdem werden 200 000 Mark für die Arbeiterunterstützungskasse, 500 000 Mark für die Beamtenpensionskasse, 300 000 M. für das Lehrlingsausbildungswesen und 500 000 Mark für Wohlfahrtszwecke zur Verfügung gestellt.

Gewerkschaftliches.

Lehrlingsfragen.

Im § 78 des Betriebsrätegesetzes ist festgelegt, daß der Arbeiter- und Angestelltenrat im Benehmen mit den beteiligten Vereinigungen der Arbeitnehmer bei Erledigung von Beschwerden über die Ausbildung und Behandlung der Lehrlinge im Betriebe mitzuwirken hat. Mitwirkung im Sinne des Betriebsrätegesetzes bedeutet Gleichberechtigung gegenüber dem Unternehmer. Das ist zu beachten!

Aufgabe des Betriebsrates wird es daher sein, Beschwerden möglichst von vornherein den Boden zu entziehen. In größeren Betrieben wird der Arbeiter- bzw. Angestelltenrat ein oder zwei Mitglieder mit den Lehrlingsfragen im besonderen betrauen müssen, wie es ja sowieso unerläßlich erscheint, eine Art Arbeitsteilung für die verschiedenen Einzelfunktionen durchzuführen. Am schwierigsten liegt es in den kleineren Betrieben unter 20 Beschäftigten, wo Lehrlingszüchterei sehr oft noch zu Hause ist. Dort wird der Betriebsobmann die Hilfe eines geeigneten Kollegen mit in Anspruch nehmen müssen.

Beschwerden über die Ausbildung sind in vielen Fällen oft darin zu suchen, daß die Zahl der älteren Berufsarbeiter in keinem Verhältnis steht zur Zahl der Lehrlinge. Bei einem Zuviel leidet natürlich die Ausbildung. Deshalb muß vor Einstellung neuer Lehrlinge der Betriebsrat mit dem Unternehmer eine Verständigung herbeiführen und sein Mitwirkungsrecht in dieser Frage geltend machen.

Die Neueinstellung von Lehrlingen wird bereits praktisch in den Monaten August und September für kommende Ostern, und es gilt, hierzu Stellung zu nehmen.

Wo ein Betriebsrat vorhanden ist, wird die Einstellung, auch der Lehrlinge, durch Aufstellung von Richtlinien geregelt werden können. Aber auch in den kleineren Betrieben unter 20 Beschäftigten wird der Betriebsobmann, weil er über die Ausbildung zu wachen hat, Beschwerden durch Einstellung von zuviel neuen Lehrlingen ebenfalls vorzubeugen haben und hat demnach das Mitwirkungsrecht im Sinne des Gesetzes.

Für die Ausbildung der Lehrlinge ist der Betriebsrat mit verantwortlich. Daraus ergibt sich das Mitbestimmungsrecht von selbst. Abgesehen auch von den Bestimmungen im Betriebsrätegesetz ist ein Zusammenwirken zum Zwecke einer guten Berufsausbildung zwischen Lehrherrn und Vertretung der Arbeiterschaft erforderlich. Die Klagen, die Betriebe über ihre Lehrlinge gegenwärtig führen, haben ihre Ursache sehr oft darin, daß man den vollständig veränderten Verhältnissen nicht genügend Rechnung trägt. Die Erziehungs- und Beeinflussungsmethoden müssen wieder harmonischer werden im Interesse unserer Jugend. Milde und Strenge gepaart muß Grundsatz in der Jugenderziehung sein. Heute findet man sehr oft eine Milde, die in einem Nichtbekümmern, Gleichgültigkeit und in zu großer Nachgiebigkeit in erzieherischen Fragen liegt. Strenge, die Wohlwollen nicht ausschließt, sondern in sich birgt, ist seltener geworden. Dagegen hat Rücksichtslosigkeit Platz gegriffen. Die Fälle, wo bei geringem Vergehen der Lehrlinge vom Lehrherrn mit Auflösung des Lehrverhältnisses gedroht oder den Eltern sofort erklärt wird, den Jungen mitzunehmen, häufen sich bedenklich. Es bedeutet eine ungeheure Härte und die ganze Lebensbahn der jungen Mneschen wird zerstört, wenn er aus ein- oder zweijähriger Lehre herausgerissen wird. Auch die Zahl der Ungelernten wird dadurch nur erhöht und bringt volkswirtschaftliche Nachteile. Deshalb haben Betriebsobleute der Lehrlingsfrage das größte Augenmerk zuzuwenden und das ihnen im Betriebsrätegesetz gewährleistete Mitwirkungsrecht wahrzunehmen.

Unhaltbar ist ganz besonders die Frage der Vergütung oder richtiger des Erziehungsbeitrages geworden. Dort, wo die Gewerkschaften durch Vereinbarungen mit den Arbeitgeberverbänden eine Regelung getroffen haben, ist wenigstens eine leidliche Besserung geschaffen worden. Der Lehrherr muß den Zeitverhältnissen entsprechend unter Berücksichtigung des Berufs einen Erziehungsbeitrag leisten. Dazu muß er verpflichtet werden. Es liegt auch im beiderseitigen Interesse. Der Wechsel der Lehrstellen heute ist auf die Dauer unhaltbar und muß zu den schwersten Schädigungen nicht nur für die Lehrlinge, sondern des Wirtschaftslebens führen.

So lange wir aber eine direkte gesetzliche Handhabe nicht haben, ist es Aufgabe der Betriebsräte, durch das ihnen zustehende Mitwirkungsrecht in Verbindung mit den Gewerkschaften eine bessere Regelung des Lehrlingswesens in den einzelnen Betrieben durchzuführen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Täumel; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzog, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. zu Halle. Gr. Ulrichstr. 27.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Lebensmittel-Kalender.

Versorgung mit Kartoffeln. In der Woche vom 14. bis 20. Juni können auf die Marke 43 der grauen Kartoffelkarte 8 Pfund Auslandskartoffeln gekauft werden. Der Einkauf darf nur in den Geschäften bewirkt werden, in denen die Anmeldung zur Kartoffelkundenliste erfolgt ist. Der Preis für das Pfund Auslandskartoffeln beträgt 45 Pfg. Der Verkauf erfolgt von Sonnabend bis einschließlich Mittwoch. Eine Nachlieferung von Kartoffeln am Donnerstag, Freitag und Sonnabend findet nicht statt. Die abgetrennten Abschnitte sind bis spätestens Donnerstag, den 17. Juni, abzuliefern.

40 Gramm Schmelzbutter. In der Woche vom 14. bis 20. Juni werden auf den Abschnitt 27 der roten Fettkarte für jede Person eines Haushalts 40 Gramm Schmelzbutter zum Preise von 1 Mk. abgegeben. Der Verkauf erfolgt in den Geschäften, in denen die Anmeldung zur Butterkundenliste bewirkt ist. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, den 21. Juni, abzuliefern.

200 Gramm Kokosspeisefett. In der Woche vom 14. bis 20. Juni werden auf den Abschnitt 532 des Warenbezugsscheines 30 für jede Person eines Haushalts 200 Gramm Kokosspeisefett zum Preise von 5 Mk. abgegeben. Der Verkauf erfolgt in den Kleinhandelsgeschäften (Materialwarenhandlungen), in denen die Anmeldung zur Warenkundenliste bewirkt ist. Gefäße sind mitzubringen. Die Kleinhändler haben die abgetrennten Abschnitte gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, den 21. Juni, abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Sonnabend, den 12. Juni 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 6501—9000 vormittags von 8—1 Uhr. An jede Person eines Haushaltes werden 70 Gramm zum Preise von 60 Pf. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Sonnabend, den 12. Juni auf den Abschnitt 36 für die eingetragenen Kunden bei den Milchhändlern Brockhaus, Ludwigstr. 26 und Wetzel, Kellnerstraße 8. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund Quark zum Preise von 1,28 Mk. abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Dienstag, den 15. Juni, abzuliefern.

Auf die Abschnitte der Milchkarten der Klasse I wird bis auf weiteres täglich ein Liter Vollmilch abgegeben.

Vorkondensierte Milch. Auf die Milchkarten der Klasse IV wird für die Woche vom 14. bis 20. Juni gegen Abgabe der für diese Tage gültigen Milchkartenabschnitte 1 Pfund vorkondensierte Milch zum Preise von 6 Mk. abgegeben. Der Verkauf erfolgt bei den zum Quarkverkauf zugelassenen Milchhändlern. Gefäße sind mitzubringen. Die Milchkartenabschnitte sind zu Hunderten gebündelt in besonderem Umschlage bis spätestens Dienstag, den 22. Juni, dem Stadternährungsamt, Abteilung 2, einzureichen.

Vorkondensierte Milch. Für Kinder vom 6. bis 12. Lebensjahre wird für die Woche vom 14. bis 20. Juni auf den Abschnitt 40 des Einkaufsscheines für Molkereierzeugnisse 1 Pfund vorkondensierte Milch zum Preise von 6 Mk. abgegeben. Der Verkauf erfolgt bei den zum Quarkverkauf zugelassenen Milchhändlern. Die Abschnitte des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse sind bis spätestens Dienstag, den 22. Juni, dem Stadternährungsamt, Abteilung 2, abzuliefern.

Freihändiger Verkauf von vorkondensierter dänischer Milch. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß bei den zum Quarkverkauf zugelassenen Milchhändlern auch in der nächsten Woche vorkondensierte Milch freihändig zum Verkauf kommt. Der Preis für 1 Pfund beträgt 6 Mk.

Städtischer Verkauf von Weizenmehl an Haushalte mit gelb umränderten Lebensmittelscheinen in der Talamtschule am Sonnabend, den 12. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der gelb umränderten Lebensmittelscheine mit den Nummern 43 001 bis 48 000 vormittags von 8 bis 1 Uhr. Für jede zum Haushalt gehörige Person wird gegen Vorlage des Lebensmittelscheines ½ Pfund Weizenmehl zum Preise von 70 Pfg. abgegeben. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Städtischer Verkauf von Reis in der Talamtschule am Sonnabend, den 12. Juni 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 43 001 bis 48 000 vormittags von 8—1 Uhr. Es kann an jede Person eines Haushaltes ein halbes Pfund zum Preise von 3,50 M. abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Freibank-Verkauf.

Zum Freibankverkauf am 12. Juni 1920 werden gegen Abgabe der Einfuhrzusatzkarte Abschnitt Nr. 23 die Inhaber folgender Nummern zugelassen:
Um 8 Uhr: 2151 bis 2250.

Halle, den 11. Juni 1920. **Der Magistrat.**

Grosse Auswahl in
Steppdecken mit Watte, Wolle und Daunenfüllung, in vielen Farben vorrätig.
Bettstellen mit Patentfedermatratze für Erwachsene und Kinder.
Matratzen aus guten Stoffbezügen, 3teilig mit Keil.
Mässige Preise.
Beachten Sie unsere Schaufensterauslagen.
Brummer & Benjamin,
Große Ulrichstraße 22/23.

Großer Posten
Velour-Hüte
für Herren
in allen Farben, mit echtem Leder, solange der Vorrat reicht,
Stück **98** Mark
Herold & Schröder,
33 Große Steinstraße 33
Eigene Stroh- u. Filzhut-Umpresserei
Telephon 4536.
Von jetzt ab werden Hüte in 8-14 Tagen umgepreßt.

Extra große
Gießkannen
starkes Zinkblech
39.85 Mk.,
lackiert 12.25, 9.85
7.25 Mk.
Sobel,
Steinweg 45.
Gr. Ulrichstr. 9. Reilstr. 1
Ammendorf [illegible]
Cöthen: Schalaunischestr. 8.

Sommer-Licht-Spiele
Ab Heute!
2 grosse Sensationen!
„Der gold'ne Club".
Ein Roman aus der Gesellschaft.
Nic Carter's
Abenteuer mit den Juwelen-Räubern
von San Franzisko.
Spannung! Sensation!
Wir machen nochmals auf unsere enorm billigen Preise aufmerksam und betonen ausdrücklich, dass wir dauernd bemüht bleiben werden, in Bild und Musik nur Ausserordentliches zu leisten.
II. Platz 1.19 Sperrsitz 2.— } einschl.
I. „ 1.70 Rang u. Loge 3.— } Steuer.

Stadt-Theater
Sonnabend, d. 12. Juni,
Anfg. 7. Ende 11 Uhr:
Die Walküre.
Sonntag nachm.:
Der Widerspenstigen Zähmung.
Sonntag abend:
Der Bettelstudent.

Apollo-Theater 8 Uhr.
Nur noch wenige Tage:
Der fidele Gauner.
Eine Spitzbubengeschichte in 3 Akt. v. M. Neumann.
Mit **Paul Beckers** in der Titelrolle.

Allgemeiner Eisenbahner-Verband,
Ortsgruppe Halle I.
Sonntag, den 13. Juni 1920, früh 9½ Uhr:
General-Versammlung
in der Gastwirtschaft „Mars-la-Tour".
Da wichtige Tagesordnung, wird um zahlreiches Erscheinen ersucht.
Der Vorstand.

Die Ortstarifverträge
sind erschienen und können in den Geschäftsstellen der einzelnen Verbände:
Zentralverband der Angestellten,
Halle (Saale), Harz 42/44.
Deutscher Werkmeisterverband,
Halle (Saale), Kl. Klausstr. 7,
Bund der techn. Angestellten u. Beamten
Halle (Saale), Niemeyerstr 16, I.
zum Preise von Mk. 1.— abgeholt werden.
Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten-Verbände,
Halle (Saale), Niemeyerstraße 16, I.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

Delitzsch

Mit Rücksicht auf die immer größer werdende Wohnungsnot werden Neuanmeldungen von Brautpaaren und Neuvermählten in die Wohnungsliste bis auf weiteres nicht mehr entgegen genommen.

Die bisher gemeldeten Wohnungssuchenden werden mit der Maßgabe untergebracht, daß **Verheiratete** unter allen Umständen den Vorzug haben.

Vermieter, die dieser Vorschrift zuwiderhandeln und insbesondere auch die Verordnung vom 17. Dezember 1919 übertreten, haben nunmehr strenge Bestrafung zu erwarten.

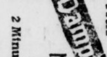
Die Bekanntmachung tritt **sofort** in Kraft.

Delitzsch, den 9. Juni 1920.

Der Magistrat.

Elegante
Damentaschen
aus prima Leder in großer Auswahl äußerst preiswert.
H. Krasemann.
nur Schmeerstr. 19.

O. Heimsath & Sohn
Schneidermeister, Steg 19
empfiehlt sich zu
allen vorkommenden Arbeiten.

Wo lassen Sie Ihre Kragen, Oberhemden u. Leibwäsche **waschen?**
Nur noch in der

Dampf-Waschanstalt [illegible]
Spezialität:
Naß- u. Rollwäsche nach Gewicht.
Marienstrasse 2
2 Minuten vom Riebeckplatz entfernt.
Fernsprecher 5692.

Der Waschbär
flickt Ihre
zerbrochene Dauerwäsche
Dauerwäsche-Betrieb
Kl. Berlin 2, 1 Treppe
Eingang Sternstraße.

Preisliste gratis
C. KLAPPENBACH
Fachgeschäft u. Versandhaus für sanitäre Artikel
Halle a. S. Gr. Ulrichstr. 4.
Fernr. 6545.

Rheuma, Gicht,
Ischias, Gliederreißen, Neuralgie (Nervenschmerz.).
Kostenlos teile ich gern mit, wie Tausende Patienten durch ein einfaches Mittel in kurzer Zeit Heilung fanden.
Krankenschwester **Caroline, Wiesbaden F. 63.** z

Stellen finden

Tischler oder **Zimmermann**
für Fuhr- und Möbeltransportgeschäft zum baldigen Eintritt gesucht.
Schriftl. Angebote mit Gehaltsansprüchen unter B. W. 1719 an Rudolf Mosse, Brüderstr. 4, erbeten.

Geschirrführer ges.
Abfuhrgeschäft Reilstr. 103.

Zigarren! Zigaretten!
Vom 10. bis 11. Juni stellen wir in Halle a. S., Hotel „Hohenzollernhof" rein Uebersee-Zigarren der Firma Rich. Heyder, Frankfurt a. M., sowie Zigaretten der Fabriken Gebr. Halphaus Breslau C. Rumpf & Co., Heidelberg, zu Fabrikpreisen aus.
Zigarren in eleganter Friedens-Ausstattung, gut in Geschmack u. Brand, schöne gr. Fassons mit hell. Sumatra-Decke. Preislagen 475—3000 Mk.
Zigaretten 135—875 Mk.
Alles voll versteuert!
Lagerbesuch unbedingt lohnend! Jeder ist Käufer! Gleichzeitig bringen wir unsere Vertretungen erster Häuser in Rhein-, Mosel-, Bordeaux-, Süd-Obstweinen, sowie Sekte, Liköre u. Spirituosen in empfehlende Erinnerung. Auf Wunsch Vertreter-Besuch; bitten Spezial-Listen zu verlangen.
Slevogt & Co., Breslau,
Alexanderstr. 2.
Telephon R. 5177. Telegramm-Adr.: Weinvogt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200611-11/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratischer Verein Halle.

Sonntag, den 13. Juni,

Familien-Ausflug

in die Heide. Treffpunkt 1½ Uhr an der Cröllwitzer Brücke, Endstelle der Straßenbahn. Die Genossinnen und Genossen werden mit ihren Angehörigen um zahlreiche Beteiligung ersucht.

Der Vorstand.

Verein Arbeiterjugend. Heute, Freitag, Spiel- und Unterhaltungsabend. Die Jugendgenossinnen und -genossen treffen sich um 7 Uhr im Jugendheim. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

„Freier Sängerchor." Freitag abend 8 Uhr Singestunde. Da durch die Ferien des Herrn Lissel uns einige Stunden verloren gingen und wir auch mehrere große Veranstaltungen vor uns haben und verschiedene wichtige Mitteilungen zu machen sind, ist es notwendig, daß die Sangesbrüder vollzählig erscheinen.

Der Vorstand.

Eisenbahner: Freitag abend 8 Uhr: Versammlung im Gewerkschaftshause, Zimmer Nr. 14.

Der Volkswirtschaftler Waentig.

In der „Hallenschen Zeitung" von gestern abend beschäftigt sich ein Mitarbeiter derselben mit Ausführungen unseres Reichstagskandidaten, Gen. Waentig, die dieser in der letzten Wählerversammlung am 2. Juni über die Kohlenpreise machte. Hätte der betreffende Herr als Unterlage für seine Kritik nicht die „Hallschen Nachrichten", sondern die „Volksstimme" vom 5. Juni benutzt, so hätte er allerdings nicht gegen den „Geheimrat und Professor" und auch nicht gegen dessen „politische Brunnenvergiftung", zu deren Ausführung er sich das „Mäntelchen wissenschaftlicher Wahrheit umhängt", polemisieren können. Denn in der „Volksstimme" ist ausgeführt, daß das Zahlenmaterial von dem Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg, Dr. R. Kuczynski, stammt. Unser Gen. Waentig hat nämlich in der Versammlung besonders darauf hingewiesen, daß K. dasselbe unter voller Namensnennung veröffentlicht hat und er es deshalb, ohne es anzuzweifeln, benutzen könne.

Wir lassen dieses ganze Zahlenmaterial noch einmal folgen, vielleicht ist der betreffende Herr dann so gewissenhaft und nimmt noch einmal Notiz davon.

Muß die Kohle so teuer sein?

Von Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes, Berlin-Schöneberg.

Vor dem Kriege kostete im Ruhrgebiet die Tonne Steinkohlen 12 Mark, heute aber (in schlechterer Qualität) 210 Mark. In diesen Preisen sind mitenthalten die Zuschüsse an die Zechen für Lebensmittel und Bergarbeiterwohnungen, die Kohlensteuer und die Umsatzsteuer. Setzt man diese Posten ab, die für die Vorkriegszeit nicht in Frage kamen, so ergibt sich eine Steigerung von 12 Mk. auf 165 Mk. oder auf das Vierzehnfache. Vor dem Kriege entfielen auf den Arbeitslohn 52 Prozent; für die sonstigen Selbstkosten rechnete man 38 Prozent, für den Unternehmergewinn 10 Prozent. Es betrugen also etwa pro Tonne: Arbeitslohn 6,20 Mark, sonstige Selbstkosten 4,60 Mark, Unternehmergewinn 1,20 Mark. Heute beträgt der Arbeitslohn für die Tonne etwa 66 Mark; die sonstigen Selbstkosten, in denen auch die Schuldzinsen und zahlreiche andere Posten stecken, die aar nicht oder wenig gestiegen sind, machen höchstens 60 Mark aus, so daß der Unternehmergewinn pro Tonne mindestens 39 Mark beträgt. Der Unternehmergewinn ist also auf mindestens das 32fache gestiegen. Sein Anteil an dem Preis (ohne Zuschüsse und Steuern) beträgt nicht mehr 10 Prozent, sondern mindestens 24 Prozent, während der Anteil des Arbeitslohnes von 52 auf 40 Prozent gesunken ist. Arbeitslohn und Unternehmergewinn verhalten sich nicht mehr wie 5 : 1, sondern wie 5 : 3.

Diese für die Volkswirtschaft sehr nachteilige und nur für wenige Mitbürger sehr vorteilhafte Wendung der Dinge ist erst in den letzten Monaten eingetreten. Im vierten Vierteljahr 1919 betrug die gesamte Steinkohlenförderung im Ruhrgebiet 19,6 Mill. Tonnen mit einem Gesamtwert (ohne Kohlen- und Umsatzsteuer) von annähernd 1,3 Milliarden Mark. Der gesamte Arbeitslohn betrug 694 Millionen Mark, das heißt 53 Prozent des Gesamtwertes. Auf eine Tonne entfielen also damals an Arbeitslohn 35 Mark, an sonstigen Selbstkosten schätzungsweise 23 Mark, an Unternehmergewinn etwa 8 Mark. Der Unternehmergewinn war also noch im vierten Vierteljahr 1919 relativ nicht viel höher als vor dem Kriege.

Seit dem vierten Vierteljahr 1919 ist der Arbeitslohn auf die Tonne Steinkohlen fast auf das Doppelte, der Unternehmergewinn aber auf etwa das Fünffache gestiegen. Und bei einem Vergleich ist noch zu berücksichtigen, daß die Arbeiter inzwischen das Opfer der Ueberschichten gebracht haben, während von einem ähnlichen Grunde für die Verdienststeigerung der Unternehmer nichts bekannt geworden ist. Vor dem Kriege betrug der gesamte Unternehmergewinn im Ruhrsteinkohlenbergbau monatlich 10 Millionen Mark, heute aber — trotz verringerter Förderung — mindestens 250 Mill. Mark. Der Durchschnittslohn für die Schicht (einschließlich Ueberschichten) ist seit Kriegsausbruch auf etwa das Achtfache gestiegen. Nun ist es ja bei uns jetzt nicht üblich, daß sich die Unternehmer mit der gleichen Verdienststeigerung begnügen wie die Arbeiter, aber vielleicht wäre eine Einigung auf mittlerer Basis denkbar, etwa in der Weise, daß die Unternehmer künftig monatlich nur ebensoviel verdienen würden wie früher jährlich. Dann wäre es doch immerhin möglich, den Kohlenpreis für die Tonne um 24 Mk. zu ermäßigen. Das würde eine Verbilligung der Erzeugungskosten für alle Werken bedeuten, und auch für die Reichsfinanzen wäre das vorteilhaft, denn der Ausfall an Kohlensteuer würde reichlich aufgewogen durch die Minderausgaben im Eisenbahnbetrieb usw.

Ich bin mir wohl bewußt: das Opfer, das ich hier den Zechenbesitzern zumute, ist ungeheuer groß. Wenn sie künftig nur 20 Mk. an der Tonne verdienen sollen, so schrumpft der Anteil ihres Gewinnes an dem Gesamtpreis (ohne Kohlensteuer und Umsatzsteuer) von gegenwärtig mindestens 21 Prozent auf 14 Prozent zusammen. Aber sie werden dann — wie ja auch auf dem Gebiet der Besitzsteuergesetzgebung — immer noch wesentlich besser daran sein als ihre englischen Kollegen, deren Gewinn nach dem neuesten Etat des dortigen Kohlenkontrolleurs nur 4½ Prozent des Gesamtpreises der englischen Kohle ausmacht. Allerdings entfallen dort auf die Löhne nicht weniger als 73 Prozent, das heißt 17mal soviel wie auf die Unternehmergewinne, während die Löhne im Ruhrgebiet, wie gesagt, gegenwärtig insgesamt nur das 1½fache der Unternehmergewinne ausmachen. Der Grund für die verschiedenartige Entwicklung ist eben der: am Gold gemessen sind heute in England die Bergarbeiterverdienste reichlich doppelt so hoch, die Unternehmergewinne etwa ebenso hoch wie vor dem Kriege; am Gold gemessen sind heute in Deutschland die Bergarbeiterverdienste wesentlich niedriger als vor dem Kriege, die Unternehmergewinne aber reichlich doppelt so hoch.

Was schreibt nun die „Hallesche Zeitung" dazu?

„Der erste Teil der Waentigschen Behauptung ist zutreffend. In der Vorkriegszeit betrug der Unternehmergewinn im Ruhrbergbau wie in allen anderen Industriezweigen etwa 10 Prozent vom Erlös der Erzeugnisse. Der Arbeitslohn war damals mit 55 bis 60 Prozent am Erlös beteiligt. Heute beträgt der Arbeitslohn, wie leicht aus den Veröffentlichungen des Staates über die Einkommenverhältnisse der Bergarbeiter zu ermitteln ist, in Westfalen etwa ebenfalls 55 bis 60 Prozent des Bruttowertes, während der Unternehmergewinn auf 1 Prozent gesunken ist. Der Ruhrkohlenbergbau hat zurzeit einen Umsatz von rund 20 Milliarden. — Wenn Herr Waentig mit seiner Weisheit recht hätte, dann müßte der Ruhrkohlenbergbau im Jahre 1919 bezw. 1920 einen Gewinn von annähernd 5 Milliarden ausschütten bezw. ausgeschüttet haben. Wenn man aber ehrlich die wirklichen Gewinnergebnisse feststellt, so kann man ergründen, daß der Gesamtgewinn des westfälischen Bergbaues nur ungefähr 150 Mill. Mark betragen hat, d. h. also noch nicht 1 Prozent des Gesamterlöses für die Produkte. Mit solch verblüffendem Ergebnis ist natürlich agitatorisch in einer Volksversammlung nichts anzufangen."

Aus den übrigen Ausführungen konnte man schließen, daß es nur auf Schmähungen des Wissenschaftlers Waentig abgesehen sei. Aber es werden gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Man biedert sich bei den notleidenden Zechenbesitzern an, à la Stinnes, die aus dem armseligen Gewinn ihrer Bergwerke nicht nur 64 Zeitungen, sondern noch ungeheure Strecken Grund und Boden, Wälder und Papierfabriken kaufen können. Bemerkenswert ist auch die Methode der Beweisführung. Zum Vergleich zieht man nicht die Teile aus dem Kohlenpreis heraus, die früher nicht in ihm enthalten waren, wie die Kohlensteuer und noch weniger die Zuschläge, die bewilligt wurden zur Schaffung von Heimstätten für Bergarbeiter. O nein, und das ist das Bezeichnende. Von diesen Zuschlägen, die von der Allgemeinheit zur Hebung der Kohlenförderung getragen werden, billigt man dem Zechenbesitzer als eine Selbstverständlichkeit auch die durchschnittliche Gewinnquote zu. —

Jetzt hat die „Hallesche Zeitung" noch einmal das Wort.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 11. Juni 1920.

Sitzung des Haushaltausschusses.

Roux-Stiftung. — Versicherung der Einwohnerwehr. — 1 Million 50 000 Mark für städt. Gas- und Wasserwerke.

Zum 70. Geburtstage des Prof. Roux, unseres verdienten Mitbürgers, ist eine Roux-Stiftung errichtet worden; die Stadt will sich daran mit einer Summe von 10 000 Mark beteiligen. Debattelos und einstimmig nahm man die Vorlage an. — Die von der Postverwaltung nach der neuen Gebührenordnung von der Stadt verlangten Bau-Darlehen für Fernsprechanschlüsse betragen 156 000 Mark. Anschlüsse sind nicht entbehrlich. Es muß daher Bewilligung erfolgen. Einem in den Ruhestand tretenden Straßenbahnführer werden 3099,60 Mk. Ruhegehalt bewilligt. — Das Ortsstatut, das die Höchstgrenze des bei Krankheit weiterzuzahlenden Gehalts für städt. Beamte und höhere Lehrer auf 5000 Mk. festsetzt, wird dahin abgeändert, daß die Grenze künftig 15 000 Mk. beträgt. — Einer einmaligen Entschädigung von 500 Mk. für Steuerfreiher und 300 Mk. für Hilfskräfte in diesem Dienst wird zugestimmt. Eine Eingabe des Vereins für das höhere Schulwesen um Nachzahlung der Unterschiedsbeträge in den Teuerungsbezügen des Volks- und Mittelschullehrer aus den Jahren 1917/18 wird abgelehnt. — Die Versicherung der Einwohnerwehr gegen Schäden ihrer Mitglieder erfordert die Summe von 4000 Mk. Da es sich um eine vertraglich übernommene Verpflichtung handelt, entschloß man sich trotz mancher prinzipieller Bedenken zur Annahme der Vorlage. — Für Ausbesserungsarbeiten in der dem Jugendamt zur Verfügung gestellten Cholera-baracke ist die Summe von 1000 Mk. notwendig. Die Mittel werden bereitgestellt. — Es muß ein Landaustausch zwischen der Stadtgemeinde und Herrn Bankier Lehmann an der Giebichensteiner Straße erfolgen, weil sich herausgestellt hat, daß die s. Zt. bei der Straßenregulierung angenommene Grenze nicht richtig ist. Ueberschießendes Land soll pro Quadratmeter mit 18,76 Mk. berechnet werden. — Für Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und Verbesserung der Betriebssicherungen in den städt. Gas- und Wasserwerken ist die Bereitstellung einer Summe von 1 Mill. 50 000 Mk. erforderlich. Für das Gaswerk handelt es sich um Neuanschaffung von Gasmessern, Gasdruckreglern, Fernzündern, einer Autowage u. a. m., beim Wasserwerk um einen neuen Kohlenlagerplatz, Wassermesser, Kartotheken usw. 988 000 Mk. sollen aus Anleihe, — der Rest aus laufenden Mitteln bestritten werden. Es erfolgte Zustimmung. — Im städtischen Leihamt sollen 33 neue Büroräume eingerichtet werden. Die Kosten hierfür betragen 115 000 Mk. und werden ebenfalls bewilligt.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten in Halle am Montag, den 14. Juni 1920, nachmittags 4 Uhr.

Oeffentliche Sitzung. 1. Wahl eines besoldeten Stadtrats. 2. Wahl eines Mitglieds für den Grundsteuer-Schätzungsausschuß. 3. Vorschlag von Beisitzern zum Sachverständigenausschuß für Mietzinssteigerungen. 4. Aufhebung einer Eckabrundung. 5. Instandsetzung der Cholerabaracke. 6. Landaustausch Giebichensteiner-Straße. 7. Beschaffung von Ausstattungsstücken für das Nahrungsmittelunterschungsamt. 8. Fensterverglasung im Alters- und Pflegeheim. 9. Nachbewilligung für das Altersheim und Pflegeheim. 10. Einrichtung von Büroräumen. 11. Uebernahme einer Unfallversicherung. 12. Beitrag für Fernsprechanschlüsse. 13. Bewilligung von Ruhegeld. 14. Aenderung des Ortsstatuts über Krankenfürsorge für Beamte. 15. Einmalige Entschädigung an Beamte. 16. Beschaffung von Betriebseinrichtungen für das Gaswerk. 17. Desgl. für das Wasserwerk. 18. Bereitstellung von Mitteln für eine Stiftung. 19. Zuschuß zu den Heizungskosten für Mieträume. 20. Gesuch zum Ausgleich von Teuerungsbezügen. 31. Gesuch um Teilung des Wohnungsamts. 22. und 23. Proteste gegen Belegung von Schulen mit Flüchtlingen. Anfrage betr. Hetze in höheren Schulen gegen Schüler jüdischen Glaubens. — Hierauf: Nichtöffentliche Sitzung.

Der Stadtverordneten-Vorsteher. J. V.: Keil.

Kohlen und Holz.

Von der Ortskohlenstelle wird uns geschrieben: Die kohlenwirtschaftliche Lage dürfte nach den fast täglich erscheinenden Berichten in den Tageszeitungen hinreichend bekannt sein. Nicht unbedeutende Einschränkungen in der Kohlenversorgung und hohe Preise für Kohlen sind auch in Zukunft nicht aus der Welt zu schaffen.

Die Stadtgemeinde hat nun größere Brennholzbestände am Lager, aus welchen durch die Ortskohlenstelle jede Menge entnommen werden kann, so daß alle Verbraucher Gelegenheit zur Beschaffung von verbilligten Brennmaterialien haben. Die Abgabe von Brennholz, gut trockene Qualität, erfolgt zu folgenden Preisen ab städt. Lager (Hafen): ein Zentner ungeschnitten 11,50 Mark, ein Zentner geschnitten 12 M., ein Zentner gespalten 12,50 Mark. Bei Abnahme von 20 und mehr Zentnern bis zu 50 Pf. pro Zentner Ermäßigung.

Für Anfuhr und Abladen des Brennholzes in Mengen von 5 Zentner und mehr wird der Betrag bis zu 1,50 M. pro Zentner berechnet.

Knüppelholz an zentnerweise Bezieher für 1 Zentner 8 M., Bündelholz, ofenfertig, das Bund 2,50 M.

Den Verbrauchern kann nur immer wieder empfohlen werden, die zugeteilten Kohlen möglichst für den Winter aufzusparen und während der Sommermonate den Feuerungsbedarf ausschließlich durch Brennholz zu decken, um so mehr, da eine Steigerung der Beschaffungskosten für beide Brennstoffarten mit Sicherheit anzunehmen ist. Die Holzbestellungen über 5 Zentner und mehr zur Anlieferung frei Haus sind an die Ortskohlenstelle, Zimmer 1a, mündlich oder schriftlich zu richten.

Weiter werden abgegeben: Baumpfähle, 2 Meter lang, zugespitzt, 2,25 M. Bei Abnahme von größeren Mengen wird Preisermäßigung gewährt.

Pfähle für Stachelbeeren, Johannisbeeren, Tomaten, Rosensträucher u. dgl. 1 Meter lang das Stück 40 Pf., 1,25 Meter lang, das Stück 50 Pf., 1,50 Meter lang, das Stück 65 Pf., 1,75 Meter lang, das Stück 80 Pf., 2 Meter lang, das Stück 1 M., Bohnenstangen, ungeschält, 2 Meter lang, das Stück 55 Pf., Zaun- oder Stakethölzer, 1,50 Meter lang, das Stück 1,80 M., 2 Meter lang, das Stück 2,20 M., Sägespäne pro Zentner 2,50 M.

Für die Selbstabholer erfolgt der Verkauf im Lager (Hafen), für Bündelholz außerdem in der städtischen Verkaufsstelle, Seebener Straße 52, und in der Ortskohlenstelle, Markt 22 Zimmer 1a.

Der Abstimmungstag für Westpreußen

findet, wie den „Westpreußischen Mitteilungen" von der der interalliierten Kommission gemeldet wird, am **11. Juli** statt.

Bildungslehrgänge.

Im Rahmen der von uns kürzlich erwähnten Bildungslehrgänge hält Referendar Wandersleb heute, Freitag, den 11. Juni, 8¼ Uhr, in der Alten Volksschule an der Neuen Promenade 13, einen Vortrag über: „Die neue Reichsverfassung." Anschließend Fragebeantwortung und Aussprache. Eintritt für Teilnehmer an den Lehrgängen frei, für andere Interessenten 50 Pf.

Das Versicherungsverhältnis der Angestellten.

Die Nationalversammlung hat die Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung auf Angestellte mit einem Jahreseinkommen bis 15 000 Mk. ausgedehnt, gleichzeitig aber den dadurch neu Versicherten (auch wenn sie früher ausgeschieden waren) das Recht gegeben, sich von ihrer eigenen Beitragspflicht entbinden zu lassen, wenn sie eine Lebensversicherung abgeschlossen haben oder eine solche bis zum 30. Juni d. J. bei der Gesellschaft beantragen, ihr Einkommen über 5000 Mk. und die Monatsprämie mindestens 13,30 Mk. beträgt. Nachversicherungen, um die Höhe dieser Prämie zu erreichen, müssen bis 1. September d. J. bewirkt sein. Bis zu diesem Termin sind auch Anträge auf Befreiung von der eigenen Versicherungspflicht auf Grund einer bestehenden oder bis 30. Juni beantragten Lebensversicherung bei der Angestelltenversicherung zu stellen. Ihre Ansprüche an die letztere bleiben auf Grund der Arbeitsbeiträge bestehen, während sie den Vorteil genießen, mit ihren eigenen Beiträgen eine besondere Lebensversicherung eingehen zu können, die auch noch bis 600 Mk. steuerfrei ist. Da die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherung, die Volksfürsorge, bis 5000 Mk. versichert und für die hier in Frage Kommenden namentlich der Tarif 2a große Vorteile bietet, beantragen die Angestellten am besten sofort eine Versicherung bei der Volksfürsorge und lassen sich Auskunft in den Konsumvereinen, bei den Gewerkschaften, den Rechnungsstellen oder dem Hauptgeschäft der Volksfürsorge, Hamburg 5, erteilen.

Schutz den Telegraphenanlagen!

Die Reichs-Telegraphen- und Fernsprechanlagen sind eines der wichtigsten Verkehrsmittel. Dennoch werden diese Anlagen vielfach vorsätzlich oder fahrlässig durch Zertrümmern von Porzellanoppelglocken, durch das Werfen von Drahtstücken auf die Leitungen und durch den Diebstahl von Leitungsmaterial beschädigt. Die dadurch entstehenden Betriebsstörungen haben wesentliche Nachteile für das Publikum zur Folge. Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich bedroht die Verhinderung oder Gefährdung des Telegraphenbetriebes mit hohen Strafen. Wer die Urheber ermittelt und so zur Anzeige bringt, daß sie zum Ersatz oder zur Strafe herangezogen werden können, erhält von der Ober-Postdirektion eine Belohnung, deren Höhe nach der Schwere des Falles bemessen wird. Die Belohnungen werden auch dann bewilligt, wenn die Schuldigen wegen jugendlichen Alters oder sonstiger persönlicher Gründe nicht haben bestraft werden können, oder wenn durch rechtzeitiges Einschreiten der zu belohnenden Person die Beschädigung verhindert worden ist.

Die 24. **Markenausgabestelle,** bisher Friesenstr. 14, wird nicht, wie bereits bekanntgegeben, am 1. Juli 1920, sondern schon am 14. Juni nach Dessauer Str. 1, Gastwirtschaft Wilhelm Riemann, verlegt.

* **Stadtrat Wurm** wird, wie wir hören, in kurzer Zeit sein Amt in unserer Stadtverwaltung verlassen. Die Stadt Wittenberg hat ihn am Mittwoch zum ersten Bürgermeister gewählt. Stadtrat Wurm gehört unserer Verwaltung seit einer Reihe von Jahren an. Zunächst war er hier als Magistratsassessor tätig, bis ihn die Stadtverordneten zum Stadtrat wählten. Er hat dann verschiedene Dezernate geleitet; so untersteht ihm u. a. seit längeren Jahren das Polizeidezernat, ebenso hat er das Dezernat für Personalangelegenheiten.

* **Sonderzüge zur Abstimmung nach Ostpreußen.** Die außergewöhnlich große Zahl der Abstimmungsberechtigten, die innerhalb kurzer Frist zur Abstimmung nach Ost- und Westpreußen befördert werden müssen, macht besondere Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung erforderlich. Es sollen kurz vor und nach der Abstimmung während des Hauptverkehrs Sonderzüge nach und von Ostpreußen fahren. Außerdem wird dafür gesorgt werden, daß die Abstimmungsberechtigten schon vor dem Verkehr der Sonderzüge mit den Zügen des gewöhnlichen Verkehrs in das Abstimmungsgebiet reisen können. Sie dürfen jedoch, worauf schon hingewiesen wurde, nicht früher als 21 Tage vor der Abstimmung die Hinreise antreten und müssen längstens 21 Tage nach der Abstimmung die Rückreise angetreten haben.

Pferderennen in Halle. Wie soeben mitgeteilt wird, haben die weiteren fünf Nummern des am 11. Juli stattfindenden Pferderennens 136 Unterschriften gebracht, so daß zu unserem ersten in Halle stattfindenden Renntage im ganzen 222 Nennungen vorliegen. Gemeldet wurden für 1. Eröffnungsrennen 28 Pferde, 2. Jüngerrennen 27 Pferde, 3. Sachsen-Weimar-Jagdrennen 25 Pferde, 4. Thuringia-Jagdrennen-Ausgleich 31 Pferde, 5. Teich-Jagdrennen 20 Pferde, 6. Sommer-Ausgleich 55 Pferde, 7. Preis von Torgau 36 Pferde.

Zwei Rennen des ersten am 11. Juli d. J. in Halle auf der Ratswiese am Hettstedter Bahnhof stattfindenden Pferderennens haben glänzende Nennungsschlüsse gebracht. Nach Mitteilung des Union-Klubs sind für die Thuringia, einem Jagdrennen-Ausgleich von 4300 Meter, wofür 16 000 M. an Preisen ausgesetzt wurden, 31 Pferde genannt worden. Für den auf 1400 Meter festgesetzten Sommer-Ausgleich, der mit einem Preise von 11 000 M. ausgeschrieben ist, sind 55 Pferde angemeldet worden. Nennungsschluß der übrigen am 11. Juli zu laufenden Rennen ist der 8. Juni. Ueber dessen Ergebnisse werden wir noch berichten.

Unbestellbare Postpakete. Während früher Pakete, deren Annahme vom Empfänger verweigert wird, vor der Rücksendung von den Postanstalten unbestellbar gemeldet werden mußten, werden derartige Pakete jetzt, der geänderten Postordnung entsprechend, unverzüglich an den Absender zurückgesandt, wenn dieser nicht im voraus eine andere Bestimmung getroffen hat. Wünscht der Absender, daß ihm unbestellbare Pakete zunächst unbestellbar gemeldet werden, so muß er dies durch den Vermerk „Wenn unbestellbar, Meldung" auf der Vorderseite der Paketkarte und des Paketes zum Ausdruck bringen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200611-11/fragment/page=0005

Die vom Verband gemeinnütziger Kriegersiedlungen, e. G. m. b. H. Leipzig, Plauenschestr. 13, in der Sammelstelle „Soldaten-Siedlung“ in Halle vereinigten siedlungswilligen Heeresangehörigen, haben Aussicht baldigst auf Moorkulturen aussichtsvolle Arbeit und anschließend Ansiedlung auf ausgiebigem Land zu finden. Baltikumkämpfer und ausscheidende Reichswehrangehörige, insbesondere gelernte Handwerker, wollen sich weiterhin bei eingangs genanntem Verband melden, wo die Unterlagen gegen Einsendung von 1 Mark erhältlich sind.

* **Für die 16. Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie** findet die Ziehung der 1. Klasse am 13. und 14. Juli statt und hat der Verkauf der Lose hierzu am 4. Juni bereits begonnen. Die größeren Gewinne aus der eben abgeschlossenen 5. Klasse werden etwa vom 16. Juni ab ausgezahlt werden können. Der gesamte Plan der neuen Lotterie ist zu Gunsten des Publikums wesentlich umgeändert worden. Zunächst sind in 5. Klasse die beiden Prämien zu 300 000 Mark auf je 500 000 Mk. erhöht, ferner zwei neue große Gewinne in Höhe von je 300 000 Mk. neu eingefügt, und von den weiteren höheren Gewinnstufen dieser Klasse diejenigen von 60 000 Mk. an abwärts, und nach unten steigend, in der Stückzahl ihrer Gewinne zum Teil sehr erheblich vermehrt worden. Namentlich sind auch die beim Spielpublikum so beliebten mittleren Gewinne von 500 bis 10 000 Mark um insgesamt 3094 Gewinne vermehrt worden. Aber auch die Vorklassen sind gegen früher besser mit Gewinnen ausgestattet. Es finden sich in jeder Vorklasse 2 Gewinne von 100 000 Mk. Alle Vorklassen weisen als zweite Gewinne zweimal je 50 000 Mk. auf. In der 1. und 2. Klasse sind die dritten Gewinne auf je 2 zu 30 000 Mk., in der 3. und 4. Klasse auf je 2 zu 10 000 Mk. gesetzt statt der früheren 10, 20, 30 und 40 000 Mark. Die vierten Gewinne sind in 1. und 2. Klasse verdoppelt, in 3. und 4. Klasse aber gleichmäßig auf je 2 zu 40 000 Mk. festgesetzt worden. Ferner sind auch die kleinsten Gewinne in 1. und 2. Klasse in ihrer Anzahl bedeutend vermehrt und allgemein in allen 4 Vorklassen so in die Höhe gesetzt worden, daß man sich von dem Gewinne — abgesehen von dem Teuerungszuschlage — ein Einsatzlos zum Weiterspiel für die folgende Klasse kaufen kann. Es werden — statt der abgeschafften früheren Freilose — jetzt für jeden Gewinner in den Vorklassen solche Ersatzlose mit planmäßiger Frist bereit gehalten, die ihm — auf seinen Wunsch — zum Kauflospreise abzugeben sind. Um diese Verbesserungen zu erreichen, mußten allerdings die Preise der Lose etwas heraufgesetzt werden. Ein Achtellos, das bis jetzt für jede Klasse 5,25 Mark kostete, wird nun — einschließlich des Teuerungszuschlages von 30 Pf. — 7,30 Mk. kosten.

* **Keine billigeren Bücher.** Aus Buchhändlerkreisen wird folgendes mitgeteilt: Die Hoffnung auf ein baldiges Sinken der Bücherpreise werden sich leider in absehbarer Zeit schwerlich erfüllen. Zunächst sei betont, daß die Verteuerung bei Büchern keineswegs das Maß erreicht hat, wie bei anderen Warengattungen. Bücher sind heute, an den Preisen aller anderen Waren, vor allem an der Verteuerung der Rohstoffe und der Erzeugungskosten gemessen, immer noch billig. Der Buchhandel ist im Interesse der Absatzfähigkeit seiner Erzeugnisse aus wohlüberlegtem Verantwortlichkeitsgefühl der allgemeinen Preissteigerung nur zögernd gefolgt. Da die Papierpreise, Löhne und Gehälter, die sich im übrigen erst in der Preisbemessung für die jetzt herauskommenden Neuerscheinungen deutlicher auswirken, in absehbarer Zeit sicher keine wesentliche Verbilligung erfahren werden, wird also auch eine Herabsetzung der Bücherpreise nicht möglich werden; im Gegenteil, man wird mit weiteren teilweise erheblichen Steigerungen rechnen müssen. Wer da hofft, bald billiger kaufen zu können, wird sich enttäuscht sehen.

Unfug. Gestern nachmittag scheuten in der Belfortstraße, dadurch, daß dort unnütze Hände einen Feuerwerkskörper abbrannten, die Pferde eines Fuhrunternehmers. Hierbei schoben die Pferde den mit Naßpreßsteinen beladenen Wagen rückwärts, so daß er umfiel. Der Wagen samt der Ladung wurden stark beschädigt. Personen sind dabei nicht zu Schaden gekommen. Der Täter, der den Feuerwerkskörper abgebrannt hat, ist ermittelt.

* **Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft, Halle.** Acker „Giebichensteiner Flur“ Pächterversammlung Montag, den 14. Juni, im Restaurant Thomas, Bölkestraße 1.

* **Bund deutscher Feldeisenbahner 1914 18.** Wegen dringender und unaufschiebbarer Erledigung eingegangener Zuschriften vom Bunde, Sonntag, den 13. d. M., abends 7½ Uhr, im Schultheiß, Poststraße, außerordentliche Mitgliederversammlung. Erscheinen im Interesse aller Mitglieder dringend erforderlich.

* **Die Vereinigung ehemal. Angehöriger des Landw. Inf.-Regts. 36** hat am Montag, den 14. Juni im Schultheiß, Poststraße 5, abends 7 Uhr ihren Zusammenkunftsabend. Alle ehemaligen 36er vom Landw. Inf.-Regt. 36 sind dazu herzlich willkommen. Auskunft erteilt Kamerad Kaspar, Halle, Landesheil-Anstalt.

Provinz und Umgegend.

Eine Betriebsrätekonferenz

Wir brachten vor einiger Zeit einen Aufruf der Betriebsrätezentrale in Halle zur Beschickung einer Konferenz der Betriebsräte, die am 13. Juni im Volkspark stattfinden soll. Wir nahmen an, es würden alle widerstrebenden Tendenzen dort sachlich zu Worte kommen. Denn über diese Frage der Zusammenfassung der Betriebsräte bestehen nicht nur zwischen den politischen Parteien, zwischen den einzelnen Gewerkschaften, sondern auch in der einzelnen Gewerkschaft selbst große Differenzen. Wir weisen dabei nur auf den deutschen Met.-Arbeiterverb. hin, zwischen dessen Vorstand auf der einen Seite und Rich. Müller und Malzahn auf der anderen Seite ein so heftiger Streit tobt, daß er schon seinen Weg in die eigene Zeitung gefunden hat und zu gegenseitigen Drohungen führte. Der Bezirksleiter des deutschen Metallarbeiter-Verbandes hier in Halle, der Gen. Voß, machte deshalb durch Rundschreiben die Tageszeitungen darauf aufmerksam, daß in dieser Sache die einzig zuständigen Stelle der Bund der Gewerkschaften und die Afa, die Vereinigung der Angestelltenverbände, also Kopf- und Handarbeiter zusammen, sei, die ja auch schon einen Aufruf zur Zusammenfassung der Betriebsräte erlassen hat.

Zu diesem Rundschreiben äußert sich die Betriebsrätezentrale in dieser vornehmen Form: „— Auch nicht, wenn Herr Voß krakeelt, dieser Sozialpatriot, der unglaublicherweise noch heute das Bezirksbureau der Metallarbeiter in Halle verunziert. Dieser Mensch, der sich in keiner hallischen Metallarbeiterversammlung blicken lassen darf, wagt es, einen heimtückischen Ueberfall in der Presse auf die Räteorganisation zu machen, um die Beschickung der Vollversammlung zu verhindern. Hochnäsig schreibt dieser Bonze, die Versammlung sei „unmaßgeblich“, denn die Gewerkschaften würden schon zu gegebener Zeit befinden, was mit den Betriebsräten zu geschehen hat. Uns scheint die Meinung des Herrn Voß, den die Metallarbeiter hoffentlich recht bald an die frische Luft befördern, sehr „unmaßgeblich“ für die Betriebsräte und auch für die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung unseres Bezirkes zu sein. Die Betriebsräte werden sich von Herrn Voß nicht vorschreiben lassen, auf welche Weise sie ihre Organisation aufbauen. Dieser scheinsozialistische Zersplitterungsversuch wird natürlich kläglich verpuffen.“

Nach dieser Probe möchten wir alle Betriebsräte, die nicht sieben Mal auf die Methoden der hiesigen Betriebsrätezentrale eingeschworen sind, auffordern, diese Konferenz nicht zu besuchen, sie können sich schon vorstellen, was ihrer dort wartet. Die Betriebsrätezentrale wird ja von den eigenen Parteigenossen fallen gelassen. Man ersieht das aus dem unabhängigen Zentralorgan, der „Freiheit“. Diese schreibt in ihrer gestrigen Morgenausgabe: „Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Betriebsräte keine politischen Aufgaben zu erfüllen haben. Ihre Aufgabe ist es, in den Betrieben den Produktionsprozeß im Interesse der Allgemeinheit zu überwachen. Mit diesen Aufgaben wachsen in ihnen die Fähigkeiten, selbst größere Betriebe überblicken und später leiten zu können, was bei der erstmaligen Sozialisierung dieser Betriebe von unschätzbarem Wert sein wird. Inwieweit sich die Betriebsräte in den Betrieben auch politisch betätigen und insbesondere als Vertrauenspersonen ihrer politischen Parteien wirken, ist eine Sache für sich und wird von den einzelnen Umständen abhängen.“

Um diese wirtschaftliche Aufgaben erfüllen zu können müssen die Betriebsräte im Einverständnis mit den Gewerkschaften arbeiten und nicht in Gegnerschaft zu denselben. Da es nach den Auslassungen der Betriebsrätezentrale aber gerade dazu kommen wird, den Kampf gegen die Gewerkschaften zu propagieren, so ist es vollständig zwecklos, diese Konferenz zu beschicken und der Betriebsrätezentrale selbst, dieses mit dem Tode ringende Unternehmen, noch den Anschein von Einfluß zu geben.

Gemeindevertreterwahlen für Groß-Ammendorf am 20. Juni d. Js.

Mit der vom 1. Juni ab in Kraft getretenen Zusammenlegung der Gemeinden Ammendorf, Beesen, Burg i. A., Osendorf, Planena und Radewell zu der jetzt größten Gemeinde des Saalkreises Groß-Ammendorf mit zirka 12 000 Einwohnern, macht sich die Neuwahl der Gemeindevertretung (24 Gemeindevertreter und 6 Schöffen) notwendig. Zu dieser Wahl müssen wir schon heute mit aller Macht vorarbeiten und den von uns bei der Reichstagswahl am vorigen Sonntag errungenen Erfolg (wir gewannen gegen das Vorjahr 233 Stimmen) weiter ausbauen. Abermals müssen unsere Wählerinnen und Wähler lückenlos an der Wahlurne erscheinen.

Die Wahlen finden statt für Ammendorf Bezirk I im Helmschen Lokale, für Bezirk II im Schunkeschen Lokale in Beesen, für Radewell im Greischen Gasthaus und für Osendorf im Dreierhaus. Gewählt wird nach den Reichstagswahllisten, wozu diejenigen, die bis zum 20. Juni 20 Jahre alt werden, noch hinzukommen. Diese Wähler müssen sich sofort auf dem Gemeindebureau in die Liste nachtragen lassen.

In einer der nächsten Nummern der „Volksstimme“ werden wir unsere Kandidatenliste bekanntgeben. Pflicht aller Genossinnen und Genossen ist es, auf eine gesunde, sich auf sozialistisch-demokratischer Grundlage aufbauende Kommunalpolitik für die neue Gemeinde hinzuwirken und den 20. Juni zu einem Ehrentag für unsere Partei zu gestalten.

Der Erfolg des Landarbeiterstreikes in den Kreisen Calbe und Neuhaldensleben.

Bekanntlich stellte die Landarbeiterorganisation im vorigen Jahre an den Beirat des landwirtschaftlichen Tarifamtes in Halle die Forderung, zu den für die Provinz Sachsen und Anhalt geltenden Kreistarifen eine Teuerungszulage von 65 Prozent zu gewähren. Der Beirat bewilligte jedoch diese Forderung bei weitem nicht und die nur geringen Zugeständnisse (30—15 Pfg. pro Stunde) riefen bei den Landarbeitern große Erbitterung hervor, so daß es in den Kreisen Calbe und Neuhaldensleben (Bez. Magdeburg) zum Streik kam. Unter dem Beisein des Oberpräsidenten, Gen. Hörsing, fanden nun in Magdeburg neue Verhandlungen statt, in der folgende Abänderung des Beschlusses vom 19. Mai beschlossen wurde:

In den Kreisen Neuhaldensleben, Wolmirstedt, Wanzleben, Oschersleben, Quedlinburg (Land), Halberstadt (Stadt und Land), Calbe und Aschersleben, erhalten die vollwertigen Arbeiter ab 1. Juni pro Stunde eine Zulage von 70 Pf. Die nichtvollwertigen Arbeiter erhalten pro Stunde 55 Pf. Aufschlag, die Arbeiter unter 16 Jahren 40 Pf. Frauen und Mädchen über 16 Jahren bekommen pro Stunde 40 Pf. und Mädchen unter 16 Jahren 35 Pf. mehr.

Altmark: In Stendal-Osterburg, Salzwedel und Gardelegen erhalten die vollwertigen Arbeiter vom 1. Juni an einen Stundenlohnzuschlag von 30 Pf. und bei weiterem Steigen der Getreidepreise ab 15. Juli nochmals 15 Pf. Zulage. Frauen und Mädchen über 16 Jahren erhalten pro Stunde 20 Pf. und Arbeiterinnen unter 16 Jahren 15 Pf. mehr.

In Jerichow I und II erhalten die vollwertigen Arbeiter vom 1. Juni an pro Stunde 30 Pf. und bei weiterem Steigen der Getreidepreise ab 17. Juli nochmals 30 Pf. mehr. Frauen und Mädchen über 16 Jahren erhalten 20 Pf. und Arbeiterinnen unter 16 Jahren 15 Pf. Zulage pro Stunde.

Im Stadtkreis Magdeburg erhalten die vollwertigen Arbeiter vom 1. Juni an in Zone 1 eine Zulage von pro Stunde 1 Mk., in Zone 2 dieselben Zulagen wie die zuerst benannten Kreise.

Für Quedlinburg (Stadt) bleiben die Beschlüsse des Beirats vom 19. Mai d. J. in Kraft, und zwar solange, bis durch weitere Verhandlungen ein anderes Ergebnis erzielt worden ist.

Wenn auch die Forderungen der Landarbeiter nicht voll und ganz erfüllt wurden, so bringt diese neue Aufstellung doch ganz beachtliche Verbesserungen. Vorläufig ist die Streikgefahr beseitigt, zumal in Aussicht gestellt worden ist, daß bei einer weiteren Verteuerung der landwirtschaftlichen Produkte eine Höherschraubung der Löhne eintritt. Vorbedingung dafür ist jedoch, daß sich die Landarbeiterschaft lückenlos der vorhandenen freigewerkschaftlichen Landarbeiterorganisation anschließt.

Arbeitsnachweisverband Sachsen-Anhalt.

In welchem Umfange die Vermittlung von Arbeitskräften im abgelaufenen Jahre zugenommen hat, geht aus den zum Vergleich herangezogenen Zahlen des Jahres 1919 hervor.

Danach gelangten im Bereiche des Arbeitsnachweisverbandes im Berichtsjahre 436 590 offene Stellen zur Anmeldung. An Arbeitsuchenden meldeten sich 428 546 und zwar 302 080 männliche und 126 466 weibliche. Vermittelt wurden 350 158 Arbeitsstellen. Auf die männlichen Arbeitsuchenden entfielen hiervon 247 562 und auf die weiblichen 102 596. Besonders erfolgreich waren die Bemühungen des Arbeitsnachweisverbandes um die Unterbringung von Kriegsbeschädigten mit Hilfe des vom Verbande herausgegebenen Stellenanzeigers. In der Zeit vom 1. April 1919 bis zum 31. März 1920 wurden durch die Arbeitsnachweise 5044 offene Stellen durch Kriegsbeschädigte besetzt, gegen 2337 im Vorjahre. Dieser Erfolg wurde von dem von der Nationalversammlung bestellten Ausschuß für soziale Angelegenheiten ausdrücklich anerkannt. Im vergangenen Jahre konnten nicht weniger als 10 842 Personen in ländliche Arbeitsstellen vermittelt werden. Die Abteilung für Bergbau, die im Jahre 1918 eingerichtet worden war, ist inzwischen weiter ausgebaut worden. Die Organisation wurde weiter ausgestaltet durch Einrichtung neuer Arbeitsnachweise in Dingelstedt, Dronßig, Hohenmölsen und Mühlberg a. E. und dafür Sorge getragen, daß die Fühlung zwischen den einzelnen Arbeitsnachweisen untereinander einerseits und dem Verbande anderseits aufrecht erhalten bleibt und ein möglichst reibungsloses Zusammenarbeiten gewährleistet wird. Zusammenfassend kann man die Tätigkeit des Arbeitsnachweisverbandes sowohl in sozialer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht als sehr ersprießlich bezeichnen.

Merseburg. Die Unabhängigen und der Landrat v. Mosler. Die bürgerliche Presse verbreitet eine Nachricht, wonach die Unabhängigen in der Kreistags-Sitzung in Merseburg erklärt hätten, nicht mehr mit dem Landrat v. Mosler zusammen arbeiten zu können und daß sie vom Oberpräsidenten Hörsing indirekt aufgefordert seien, Vorschläge für die Wahl eines neuen Landrates zu machen. Hierzu wird mitgeteilt, daß die Erklärung der Unabhängigen den Tatsachen nicht entspricht. Eine Aufforderung des Gen. Hörsing in irgendeiner Form an die Unabhängigen ist nicht erfolgt, ebenso wenig wie beabsichtigt ist, den Landrat v. Mosler seines Amtes zu entsetzen. Die Absicht, den Landratsposten von Merseburg den Unabhängigen zu überlassen, kann deshalb schon nicht in der Absicht der übergeordneten Stelle liegen, weil die Unabhängigen im Merseburger Kreistag keine Mehrheit besitzen. Es kann bei den Unabhängigen nur der Wunsch Vater des Gedankens gewesen sein, den für Schleusingen ernannten unabhängigen Landrat Leid evtl. nach Merseburg zu dirigieren, wofür auch nicht die geringste Aussicht und Absicht besteht.

Merseburg. Die Arbeitslosenkrise. Die vor einigen Wochen berichteten Arbeiterentlassungen in der hiesigen Großindustrie haben begonnen. In der vergangenen Woche erfolgte die Entlassung des zweiten Zehntels. Die Entlassungen sollen mit je einem Zehntel in der Woche fortgesetzt werden, bis sie 50 Prozent erreicht haben. Da die Badische Anilin- und Sodafabrik einstweilen keine Arbeiter mehr einstellt, auch nicht die hiesigen sonstigen Betriebe, wird die Zahl der Erwerbslosen hier bald recht groß sein.

Weißenfels. Diskussions- und Vortragsabende. Langersehnden Wünschen der Genossen entsprechend, werden nächsten Dienstag, den 15. Juni ab laufend Diskussionsabende stattfinden und wissenschaftliche Vorträge zur Vertiefung im wissenschaftlichen Sozialismus und Nationalökonomie (Volkswirtschaftslehre) gehalten werden. Wir bitten unsere Genossen recht zahlreich zu erscheinen. Jeder muß sich für diese Abende einen Tag in der Woche frei machen. Eingeführte Gäste sind willkommen. Der erste Vortragsabend findet Dienstag, den 15. Juni im großen Saale des „Deutschen Hauses“ statt. Vortragender: Genosse Alfred Throniker. Wir bitten also, zur geistigen Vertiefung unseres Parteilebens, diese fördernden Abende durch zahlreichen Besuch auszuzeichnen. Näherer Hinweis erfolgt nochmals.

Buttstädt. Vom Starkstrom getroffen. Um ein Vogelnest auszunehmen erkletterte ein 8jähriger Knabe in der Nähe des „Herkules“ einen eisernen Mast der Ueberlandzentrale. Er kam der elektrischen Hochspannungsleitung zu nahe, erlitt schwere Brandwunden und stürzte ab. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Meuselwitz. Ein Geschirr vom Zuge erfaßt. Auf einem unbewachten Uebergange bei Meuselwitz wurde das Geschirr von Albert Lange in Oetzsch vom Ronneburger Zug überfahren. Der Geschirrführer und Eigentümer wurde schwer verletzt. Das Unglück geschah, weil das Geschirr auf dem Bahnübergang einem Auto ausweichen mußte.

Apollensdorf. Entdeckte Zuckerschiebung. Der Polizei wurde bekannt, daß von Wittenberg aus eine größere Menge Zucker nach Apollensdorf verschoben wurde. Die dort weiterverfolgte Spur wies nach der Mühle des Besitzers D., wo denn auch bei einer Durchsuchung 21 Zentner Würfelzucker gefunden wurden. Der Zucker, der zweifellos aus einem Diebstahl herrührt, sollte allem Anschein nach in der Mühle gemahlen, und dann unter der Deklarierung als Mehl an den Mann gebracht werden.

Harsfeld. Vom Blitz erschlagen. Der 60jährige Arbeiter Konrad Brandau von hier wurde im Bad Schmiedeberg, wo er zur Erholung weilte, mit seiner Schwester zusammen von einem Gewitter überrascht und vom Blitz erschlagen.

Madeburg. Sieben Menschen gerettet. Der Bademeister Guderjahn hat sechs Personen, die aus einem gekenderten Motorboot in die Elbe gefallen waren, das Leben gerettet, indem er sie sämtlich aus dem Wasser ans Land brachte. Ferner hat er eine Frau vor dem Tode des Ertrinkens bewahrt.

Osterwieck. Oelfund im Harz. Bei Osterwieck, wo unlängst ausgedehnte Eisenerzlager erbohrt wurden, mit deren Abbau bereits begonnen wird, stieß man auf eine Oelader. Nachforschungen müssen aber erst ergeben, ob sich der Oelfund so ergiebig erweist, daß seine industrielle Ausnutzung lohnt.

Aus aller Welt.

Des deutschen Volkes Hahn!

Auch der Liebhaber eines guten Witzes kann im Wahlkampf auf seine Kosten kommen. In Quakenbrück sprach der demokratische Reichsminister Koch. Ihm versuchte der Deutschnationale Professor Tiemann-Osnabrück entgegenzutreten. Was er redete, war auf den üblichen Ton gestimmt und verdient daher nicht der Erwähnung. Ein Satz aber war gut, denn der Herr Professor meinte, daß, wie auf einem Hühnerhof ein Hahn sein müsse, so bedürfe auch das deutsche Volk eines Monarchen. Diese Weisheit erzeugte bei den Zuhörern tosendes Gelächter. Also der Monarch soll der Hahn seines Volkes sein. Na, gekräht hat „Er“ wahrlich genug. Ob die übrigen Funktionen eines Hahnes von den ehemaligen deutschen Monarchen voll und ganz erfüllt wurden, darüber herrschen verschiedene Meinungen. In einem waren sie schlechte Hähne. Gewöhnlich überläßt der Hahn seinem Hühnervolk die besten Bissen. Die Monarchen, im Verein mit der herrschenden Klasse, machten es in der Regel umgekehrt.

Vermischtes.

Der Zirkus stirbt aus.

Der Allgemeine Zirkusdirektorenverband schreibt den bürgerlichen Blättern: Der Zirkus Busch in Berlin hat seinen Betrieb eingestellt und sämtliche Angestellten entlassen. Paul Busch, der Senior der deutschen Zirkusdirektoren, hat diesen schwerwiegenden Entschluß gefaßt, einmal, weil die Berliner Lustbarkeitssteuer wahrhaft erdrosselnd auf sein Unternehmen einwirkte, und dann auch weil die Organisation der Artistenschaft mit Forderungen an die Zirkusleiter herantraten, die die Durchführung eines Zirkusbetriebes unmöglich machten. Das Reichsarbeitsamt will einen artistischen Tarifvertrag für rechtsverbindlich erklären, der ohne Anhörung der Zirkusdirektoren zustande gekommen ist. Da keine Aussicht besteht, daß ein andrer der deutschen Zirkusleiter den Kampf gegen die trostlosen Berliner Verhältnisse aufnehmen will, so wird es in der Reichshauptstadt einst das Zentrum des europäischen Zirkuslebens, keinen Zirkus mehr geben.

Direktor Stosch-Sarrasani, der Eigentümer des Dresdener Zirkustheaters, gedenkt aus gleichen Gründen, wie Paul Busch, seinen Betrieb im Herbst einzustellen. Er hält es für vorteilhafter, Engagements ins Ausland mit seinen Elefanten und Freiheitspferden und als Regisseur von Massenschaustücken anzunehmen. Uebrigens sind zwei andere große deutsche Zirkusse, die beiden Hagenbeckschen Unternehmen, schon den Weg ins Ausland vorangegangen; sie reisen vorerst in [illegible]

Briefkasten der Redaktion.

St. L. Werke. Die Klage muß binnen sechs Monaten von dem Zeitpunkt an erhoben werden, in dem der Ehegatte von dem Delikt Kenntnis erhielt. Ausgeschlossen ist eine Klage zehn Jahre danach. Der Prozeß entscheidet auf welche Seite die Kinder fallen.

Versammlungs-Kalender

Papitz-Schkeuditz. Sonnabend, den 12. Juni, abds. 7.30 Uhr, im „Landhaus Papitz“ (Ritter) Mitgliederversammlung. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung (u. a. Reichstagswahl) ist das pünktliche Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich, auch der Frauen. Freunde willkommen.

Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200611-11/fragment/page=0006